

Bezugspreis: Vierteljahr 7.50 Mk., monatlich 2.50 Mk. ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Freitag, den 21. März 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Unsere Lebensmittelschiffe in Hamburg.

Der unglaubliche Beschluß radikaler Hamburger Seeleute, die Ausfuhr der Lebensmittelschiffe zu verhindern ...

Hamburg, 20. März. Im Anschluß an die am Mittwoch abgehaltene Versammlung des deutschen Seemannsbundes ...

Die Dampfer Cleveland und Patricia, deren Ausreise für heute in Aussicht genommen war, konnten nicht auslaufen ...

Hamburg, 20. März. In einer Bekanntmachung wenden sich die sozialdemokratische Partei, das Gewerkschaftskartell ...

Die Aufteilung Preußens.

Die Vorarbeiten des Verfassungsausschusses.

Weimar, 20. März. (Eigener Drahtbericht des 'Vorwärts') Die heutige Sitzung des Verfassungsausschusses beschäftigte sich ...

wendet rein allgemeine Schlagworte, ohne die sachlichen Argumente dahin zu entkräften.

Nachdem der Vertreter Bayerns, v. Preyher, abermals für die bayerischen Reservatrechte eine Range gebracht hat, ergreift das Wort Rahmann (Soz.).

Nachdem Abg. Ludwig (Dem.) für die Schaffung eines Groß- Thüringens eintritt, wobei er hofft, daß Preußen dieser Schaffung nicht irgend etwas in den Weg legen wird.

Nunmehr erklärt Haase (N. S.) die Verteilung Preußens für notwendig. Die einzelnen Länder müssen mit härteren Eigenheiten ausgerüstet werden.

Nachdem noch mehrere bürgerliche Redner gesprochen haben und der Reichsminister Preuß den Wunsch auf Errichtung einer Vermittlungskommission im Reichsamt des Innern ...

Der Verfassungsausschuss wendet sich nunmehr der Beratung des Artikels 16 zu. Dieser Artikel schreibt für jedes Land der Deutschen Republik eine republikanische Landesverfassung.

Der Herr schreibt ferner vor, daß die Volksvertretungen der Länder in allgemeiner, gleicher, unmittelbarer und geheimer Wahl von Männern und Frauen nach den Grundgesetzen der Verhältnismäßigkeit gewählt werden sollen.

Von diesem Antrag wird nur der letzte angenommen. Die bürgerlichen Parteien stimmen einmütig gegen die Festsetzung des Wahlalters auf 20 Jahre und ebenso einmütig gegen die Forderung, daß auch das Gemeinwohlrecht daselbst sein soll.

Der Kommunalrat tritt in der demokratischen Partei wieder ein. Er kann die Niederlagen, die er bei den letzten Gemeinwahlen in den großen Städten erlitten hat, nicht verschmerzen.

Siegt Heine über Marx?

Von Karl Lindom.

Eine Erinnerung: Auf dem Essener Parteitag hielt Wurm ein Referat über die Alkoholfrage. Er schloß: ... für die große Masse aber bleibt das wahr, was Heinrich Heine einst mit berechtigtem Spott gesagt hat:

Im hungrigen Magen Eingang finden nur Suppenlöffel mit Knödelgründen, nur Argumente von Kinderbrütern, begleitet mit Göttinger Banquiten.

(Gellerkeit.) Geht dem Volke genug zu essen, geht ihm gesunde Wohnungen, geht ihm Freiheit, dann wird es den Alkoholeufler dorthin jagen, wohin er gehört.

Darauf antwortete Rahmann: "Wenn Wurm am Schluß seiner Ausführungen das Heine'sche Scherzwort zitiert hat, so will ich annehmen, daß das cum grano salis gemeint war, denn sonst wäre es ja ein Schlag ins Gesicht der Arbeiterbewegung, die doch nicht nur an Lebensnödel appelliert, sondern jederzeit auch an den Idealismus appelliert hat."

Zwischen damals und heute liegen 12 Jahre gewaltiger Agitations- und Aufklärungsarbeit. In Hunderten Flugblätter und Broschüren, in Tausenden und aber Tausenden Reden und Zeitungsartikeln haben wir versucht, der Masse das Idealtische unserer Bewegung näher zu bringen.

Vier und ein halbes Jahr haben sie draußen Schulter an Schulter gestanden, um Deutschland vor dem zermalmenden Tritt der feindlichen Armeen zu schützen, jetzt haben sie sich gegenseitig abgeschossen wie giftige Ungeheuer.

Welches ist die treibende Kraft, die alles dies die Arbeiter vergessen läßt? Laßt alles Philosophieren sein: es ist der Hunger. Was hülfte es wohl auch, andere Ursachen des blutigen Bürgerkrieges zu suchen.

Ich besuchte einen Freund: Gewerkschaftsangehöriger, also ein Mann in „gehobener Lebensstellung“. Vor dem Kriege war ich zum letztenmal bei ihm. Die Wohnung kommt mir so faßl vor. Er zuckt die Achsel: 4 1/2 Jahre Krieg! Dann erzählt er: Wir haben zwölf Kinder und können keine Wohnung finden.

Der Mann ist überzeugungstreuer „Regierungssozialist“. Er wird keine Handarbeiten machen. Aber als ich ihm in sein Auge sah, sah ich zum Greifen deutlich, wie recht der große Heine hatte, als er vor den mageren Leuten warnte, die einen hohlen Blick haben.

Den hohen Blicken der Hungerigen und Ver-

zweifeln loht, entzündet sich der Bürgerkrieg.

„Gebt dem Volke genug zu essen, gebt ihm gesunde Wohnungen,“ dann wird es nicht nur den Alkoholkeufel versagen, sondern auch den Teufel Bolschewismus. Ein Pfund Schweinefleisch wirkt auch auf das Gemüt eines Kommunisten befähigender als alle Minenwerfer der Welt.

Nur ein Schein kann mehr geben als er hat. Deshalb dürfen wir vor den Knödelgründen Heines nicht einfach die Waffen strecken. Unverdorben muß die Aufklärungsarbeit fortgesetzt werden. Aber hier gilt es Konsequenzen ziehen. Nachdem wir den Sozialismus so häufig als die höhere Form der Wirtschaftsführung hingestellt haben, verlangt der Arbeiter auch seine Durchführung. Hier muß eben schneller gearbeitet werden. Zweifellos wird die Sozialisierung, wie der heutige Wirtschaftszustand sie uns erlaubt, die Arbeiter in manchen Fällen enttäuschen. Aber nichts ist heute unangebrachter als tatenloses Begrübeln: am Anfang war die Tat.

Nicht nur an „Leberknödel“ haben wir appelliert, sagte Rahenstein in Essen, sondern auch an den Idealismus. Das wollen wir auch in Zukunft so halten. Aber schließlich werden die Arbeiter der Partei anhängen, von der sie leben, daß sie wirklich gewollt ist, die Hungersnot abzustellen und den Sozialismus praktisch durchzuführen. In dem Augenblick, der die Agitation aller Buttschisten — seien sie „planmäßig“ oder „planlos“ — als hohle Renommistereien enthußt, ist der Gedanke des Bürgerkrieges endgültig tot.

### Badischer Protest gegen die Annexion des Kehler Landes.

Karlsruhe, 20. März. Bei der Beratung des neuen Verfassungsentwurfes in der badischen Landesversammlung führte der Minister des Innern Dr. Haas aus: Wir werden in jeder Weise dagegen protestieren, daß badisches Gebiet von Frankreich annektiert wird. Wir haben Grund, anzunehmen, daß Frankreich die Absicht hat, das Kehler Gebiet zu annektieren. (Lebhaftes Hört! Hört! und Niemals!). Wir haben vor aller Welt dagegen protestiert, daß dieses Land, in dem kein Mensch anders als deutsch spricht, von Deutschland abgetrennt wird. Im „Journal“ wurde dieser Tage anerkannt, es sei richtig, daß Keil deutsch sei, der Kehler Hafen möchte aber in irgend einer Form an Strassburg angegliedert werden. Strassburg brauche den Kehler Hafen. Das ist uns ein Beweis, daß es sich um einen Raubzug handelt. (Sehr richtig!) Wir werden immer dagegen protestieren. Französische Blätter haben entgegen den Waffenstillstandsbedingungen und den 14 Punkten Wilsons die Absicht geäußert, den Rhein von Basel bis Mannheim dauernd unter französische Kontrolle zu stellen. (Lebhaftes Hört, hört! und Niemals!) auf allen Bänken des Hauses.) Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß Frankreichs Verhalten nicht dem dauernden Frieden dient, sondern darauf hinauslaufen, die Wälder in neues Unglück zu stürzen und dagegen müssen wir vor der ganzen Welt protestieren. Wenn Frankreich auf seinem Anspruch beharrt, müssen wir vor der ganzen Welt sagen: „Wir sind belogen und betrogen worden!“ (Lebhafter Beifall im ganzen Hause.)

### Die neue sächsische Regierung.

Dresden, 26. März. In der heutigen Sitzung der sächsischen Volkskammer stellte der neugewählte Ministerpräsident Dr. Gradnauer dem Hause das von ihm umgebildete neue Ministerium vor, das sich nunmehr folgendermaßen zusammensetzt: Präsidium und Reichsamt: Gradnauer, Inneres: Ullig, Militärwesen: Keuring, Finanzen: Rißke, Kultus: Sud, Arbeiten: Geld, Justiz: Daxhoff, Wirtschaft: Schwarz. Sämtliche

### Die Schaukel.

Von Julius Herzog.

Heute ist also der Frühling gekommen. Er hat nicht gewartet, bis der 21. März da ist und der Herr Volkskommissar für das Wetterwesen ihn zu seiner diplomatischen Mission entbot.

Da also der Herr Frühling gekommen war, beschloß ich, ihm eine Eintrittskarte zu machen. Es zog mich hinaus in die Gegend, wo die Menschheit aufhört und die Natur anfängt. Natürlich bleiben Halbnaturen, die wir Gegenwartsgrößen sind, gerne im Zwischenraum oder an der Peripherie stehen. Denn an der Peripherie beginnt die Darmverschlingung der Stadt sich in lauter Einfachheiten zu lösen. Da ist legend eine Wiese, die nun großgrün wird; eine Sackhalde, die den Dreck der Gegenwart ebenso lakonisch aufnimmt wie den königlichen Abfall; ganz weligleichgültig host ein niederes Haus, umtummelt von ein paar trachtigen Hogen, einigen Tuten, Sähuern und Hasen.

Das ist sehr natürlich, fast poetisch; ich glaube beinahe, ich wollte voriges Jahr ja etwas Ähnliches schreiben. Zum mindesten muß ich so etwas gesehen haben.

Aber was ist dieses Jahr außerdem sah, das war das Wieder-aufleben der Schwingkraft der Peripherie in der Form der Schaukel. Mit einer Drehorgel? Gewiß. Und als Hebungsfeld für lächerliche Jünglinge? Täuschung. Die Schwingkraft brauchen die Alten von 16 Jahren aufwärts viel nötiger. O, es ist eine Lust, den heimgekehrten Soldaten zuzuschauen, wie sie mit ihrer Dirm beinahe ein Loch in den Himmel rohen. Aber nur beinahe. Mit der Schaukel hat es nämlich keine eigene Verwandnis. Es bedarf dies keiner Erklärung, denn ein jeder weiß, wo die Grenze ihrer Schwingung ist und daß jeglicher alle Gaudi ein Ende hat. Eine Revolution aber ist keine Schaukel, sondern ein Karussell, und natürlich ist sie überhaupt keine Belustigung, wenn auch eine außerordentliche Schwingung.

Im übrigen wollte ich ja doch nur feststellen, daß der Frühling gekommen ist, und da ist eine Schaukel eine, wenn auch belustigende, Nebenerscheinung.

### Wiedereinführung der Sommerzeit?

Aus Uhrmacherkreisen wird uns geschrieben: Im Frühjahr 1916 wurde dem deutschen Volke die Sommerzeit beschert. Sie wurde als Kriegsmahnahme während dreier Kriegsjahre durchgeführt; aber ihren Wert oder Unwert wurde nicht viel debattiert. Nun soll die Sommerzeit auch in die Friedenszeit übernommen werden. Dagegen muß protestiert werden. Von der Sommerzeit wird behauptet, daß sie Kohlen sparen hilft. Zu bedenken ist aber auch, daß wir heute die achtfundig Arbeitszeit haben. Die Sommerzeit war vielleicht ganz gut bei der zehn- und mehrstündigen Arbeitszeit; heute brauchen wir sie nicht mehr. Es ist schon bei der Einführung der Sommerzeit gesagt worden: wenn die Regierung die Menschen durchaus zu Frühlingsmenschen erziehen wollte, brauche sie nur verfügen, daß alle hantlichen Büreaus und Betriebe, die Gerichte, Schulen usw. Beginn und Ende ihrer Geschäftszeit um eine Stunde früher legen. Die Privatbetriebe würden sich dieser Maßnahme sofort anschließen, und man hätte den gleichen Erfolg. Für Äpfel der Arbeitszeit

Minister sind Wehrheitssozialisten. Zur Bearbeitung der Geschäfte des Ministerpräsidenten wird mit Zustimmung des Gesamtministeriums eine Staatskanzlei eingerichtet, mit deren Leitung der Ministerialdirektor Geheimrat Dr. Schulze beauftragt worden ist. Ministerpräsident Dr. Gradnauer legte zum Schluß der Sitzung in einer längeren programmatischen Erklärung die Richtlinien der Politik der neuen Regierung dar und richtete zum Schluß einen Ruf an die Bevölkerung, in dem er an die Einheit, Selbstacht und Besonnenheit des sächsischen Volkes appellierte und betonte, nur durch Ordnung und Arbeit könne sich das Volk aus seinem jetzigen Tiefstand wieder erheben und seine demokratischen und sozialistischen Ziele verwirklichen.

### Weitere Sozialisierungsanträge der Regierung.

Gas, Wasser, Elektrizität, Straßenbahnen.

Berlin, 20. März. Das Kabinett hat in seiner Sitzung vom 19. März beschlossen, das Reichswirtschaftsamt mit der schleunigen Ausarbeitung eines Gesetzentwurfes zu beauftragen, der die Sozialisierung der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und der Straßenbahnen herbeiführen soll. Dieser Beschluß trifft sich in seinen Absichten mit dem Gesetzentwurf über die Kommunalisierung von Wirtschaftsbetrieben, den die Sozialisierungskommission ausgearbeitet hat. Die von ihr dort aufgeführten Wirtschaftszweige, insbesondere die Erzeugung von Kraftungsmitteln (Brotverfertigung), die Herstellung von Kleinwohnungen, die gewerbemäßige Stellenvermittlung und die Kommunalisierung der Apotheken müssen nach dem Sinne der Regierung den Kommunen und Kommunalverbänden die Möglichkeit geben, auch ihrerseits den Sozialisierungsarbeiten für die Gemeinde nutzbar zu machen, um so von der politischen zur wirtschaftlichen Selbstverwaltung großen Stils zu kommen.

### Wilhelms unfreiwillige Abdankung.

Graf Westarp über die Tragik des 9. November.

In der „Kreuzzeitung“ schildert Graf Westarp im Anschluß an die bekannte Erklärung Hindenburgs die Vorgänge vom 9. November auf Grund „absolut zuverlässiger Nachrichten“ folgendermaßen:

Während in Spa die Beratungen des Kaisers mit militärischen Stielen stattfanden, liefen am 9. vormittags fortlaufend telephonische Nachrichten vom Reichskanzleramt ein, in denen die sofortige Abdankung gefordert wurde, da sie das einzige Mittel sei, um den blutigen Straßenkampf in Berlin und den Bürgerkrieg zu verhindern und die Monarchie als solche zu retten. Noch eingehenden Befragungen sahste indessen der Kaiser den Entschluß dem Reichskanzler mitteilen zu lassen, er sei bereit, als Deutscher Kaiser abzudanken, wenn das das einzige Mittel sei, um Blutvergießen zu vermeiden; er wolle seinen Bürgerkrieg, aber er wolle König von Preußen bleiben und das Heer in geschlossener Ordnung in die Heimat zu führen. Der Kaiser ordnete an, daß diese Erklärung zunächst schriftlich abgefaßt, von ihm genehmigt und unterschrieben und alsdann nach Berlin mitgeteilt werden solle. Während die damit beauftragten Herren noch mit der Aufstellung des Entwurfes beschäftigt waren, erklärte der Chef der Reichskanzlei telephonisch, daß er die Abdankungserklärung in den nächsten Minuten in Berlin haben müsse; es wurde ihm erwidert, der Entschluß Seiner Majestät sei noch nicht endgültig gefaßt, er werde noch formuliert, und die Reichsregierung müsse sich gedulden, bis diese Erklärung in ihren Händen liegen würde. Nachdem alsdann die Erklärung in dem oben mitgeteilten Sinne von dem Kaiser genehmigt und unterschrieben war, wurde sie an das Reichskanzleramt telephoniert. Die Antwort war, dazu sei es jetzt zu spät. Der Reichskanzler hatte inzwischen, ohne die in Aussicht gestellte Mitteilung abzuwarten, bereits jene Bekanntmachung

könnten vor und drei Viertel nach 12 Uhr festgelegt werden. Wir hätten dann in der Hauptsache eine Arbeitszeit von 7 Uhr morgens bis 8 Uhr mittags und bei einer halbstündigen Mittagspause bis 3 1/2 Uhr mittags. Ein Teil der Arbeiten würde also, mit Ausnahme weniger Wochen im Winter, nicht notwendig sein.

Wir brauchen also die Sommerzeit nicht mehr. Astronomie und Wissenschaft, die Zeitmessung, das Beurkundungs- und das Verkehrsweisen würde nicht weiter unter den Erschwernissen und Nachteilen zu leiden haben. Es ist deshalb zu verstehen, wenn ein Teil der deutschen Uhrmacher gegen die Wiedereinführung der Sommerzeit aufs Schärfste protestiert. Die Bewegung wird auch von einem Teil unserer Gelehrten und Forscher gestützt.

Bis zum 14. Jahrhundert teilte man die Zeit der Helligkeit und die Zeit der Dunkelheit in je zwölf Stunden. Da aber die Zeit der Helligkeit und der Dunkelheit an jedem Tage im Jahre verschieden lang ist, so waren auch die Zeiten der einzelnen Stunden verschiedenen lang. Man nennt diese sich mit der Jahreszeit ändernden Stunden Temporalstunden.

Nach der Einführung der Räderuhren wurden die Temporalstunden noch und nach aufgehoben, an ihre Stelle traten die Stunden von gleicher Länge zu allen Jahreszeiten, die Äquinoctialstunden. Damit hatte man aber noch lange nicht die Einheitslichkeit in der Zeitmessung, wie wir sie vor dem Kriege kannten, sondern man kannte noch verschiedene Arten der Stundenabteilung. So unterschied man die Ganze Uhr, die Halbe Uhr und die Räderberger Uhr. Die Räderberger Uhr teilte den Tag in 24 Stunden von gleicher Länge; sie begann mit Sonnenaufgang die Tagesstunden und mit Eintritt der Dunkelheit die Nachtstunden. Da die Tageslänge aber im Laufe des Jahres sich ändert, so zählte man demzufolge von acht (im Dezember) bis sechzehn (im Juni) Tagesstunden und umgekehrt im Dezember sechzehn und im Juni acht Nachtstunden.

Um diese unpraktischen Zustände zu beseitigen, ist man dazu übergegangen, nicht die Anfangs- und Schlupunkte des Tages, sondern die Tagesmitte als feststehenden Punkt für die Tagesabteilung zu wählen.

So war auch unsere regelmäßige Zeiteinteilung bis zum Frühjahr 1916. Die Sommerzeit bedeutet nun weiter nichts als einen Rücktritt aus dem 20. in das 15. Jahrhundert, einen Rückschritt zu der unständlichen Zeitteilung der Räderberger Uhr, mit dem einzigen Unterschied, daß nicht zwölfmal, sondern nur zweimal im Jahre die Zeit geändert wird.

Noch ist es nicht zu spät! Deutsche Männer und Frauen, deutsche Wissenschaftler und Gelehrte protestiert gegen die Wiedereinführung der Sommerzeit!

### Deutschlands künftige Einwohnerzahl.

Reichsminister in der Nationalversammlung sprechen vom 70-Millionen-Volk. Wie hoch die Einwohnerzahl des Deutschen Reiches sich in Wirklichkeit belaufen wird, das berechnet jetzt der Sachverständigenrat Dr. Prinzling in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“. Bei Kriegsausbruch hatte Deutschland 68 Millionen Einwohner. Bis zum 1. Januar 1919 schätzte Prinzling die Zahl der Geborenen auf 4,8 Millionen, die der Gestorbenen auf etwa 5,5 Millionen, der Verstorbenen auf etwa 1,8 Millionen. Dazu kommt noch die Abwanderung der Ausländer. 1910 gab es mehr als 1 1/4 Millionen Ausländer in Deutschland und als Abwanderungsverlust wird die wahrscheinlich zu kleine Zahl von 1/2 Million angenommen. So bleibt für Deutschland mit den Grenzen vor dem

erlassen; das wurde 2 Uhr 10 Minuten vom Reichskanzleramt telephonisch gemeldet. . . .

Man versuche sich in die Lage zu versetzen, in der sich der Kaiser befand, als ihm am Mittag des 9. November gemeldet wurde, daß der Reichskanzler seine Abdankung als Kaiser und König nicht nur vor jeder authentischen Mitteilung, sondern im schroffen Gegensatz zu dem gefaßten Entschluß veröffentlicht hatte. So sah sich der Kaiser von seinem ersten politischen Ratgeber und von seinem Vetter verraten, der bei Uebernahme des Amtes ausdrücklich erklärt hatte, er tue das, um die Dynastie zu retten. Die amtliche Feststellung, daß der Kaiser abgedankt habe, war durch Wolff und durch den Funkentelegraph dem Inland und Ausland und besonders dem ganzen Heere mitgeteilt worden, und läßt dort ihre Wirkung aus. Den Einfluß, den dieser Sachverhalt sowohl auf die feindliche Stimmung des Kaisers, wie auf die sachlichen Erwägungen über die weitere zu fassenden Entschlüsse ausübte, darf niemand übersehen, der sich ein Urteil über die furchtbare Tragik des 9. November bilden will.

Prinz Max hat sich geholfen, wie er sich angefaßt der vollendeten Hilflosigkeit seines Herrn helfen konnte. Mit der 50prozentigen Abdankung, die dieser vorschlug, war natürlich nichts getan, die Stunde forderte seine Handelsgeschäfte, sondern Handeln im Sinne einer weltgeschichtlichen Tat. Zu dieser konnte sich Wilhelm nicht entschließen, die Revolution vollzog sie, und der Prinz Max verkündete nur die von ihr vollzogene Tatsache.

### Verlegenes Schweigen der „Freiheit“.

Im Hunger der Massen liegt der Erfolg.

Die „Freiheit“ sucht mit Heißhunger nach jedem Anlaß, der ihr verhassten Regierung ein anzuhängen und große marktschreierische Worte unter die Massen zu werfen. Sie will ja die Arbeiter nicht auflären, es genügt ihr — und das ist der einzig bescheldene Zug an ihr, — die Arbeiterkraft aus einer Aufregung in die andere zu schleudern. Sie sucht darum auch nach solchen Anlässen, um nicht verpflichtet zu sein, auf etwa noch verfügbarem Raum in ihren Spalten sich mit den ersten Dingen, die unser Volk beschäftigt und mit den zahlreichen Todsünden ihrer Reichsläufer auseinandersetzen zu müssen.

Sie hat sich verlegen um eine Erörterung jener tothäuslerischen Entschließung ihrer Anhänger — während des Generalfreilich der Berliner Einwohnerschaft Wasser und Gas zu sperren — gedrückt. Und nun wo die Hamburger Seeleute ihrer politischen Richtung einstimmig den verbrecherischen Plan gefaßt haben, das Auslaufen der deutschen Schiffe und damit die Lebensmittelversorgung Deutschlands zu hindern, da sieht sie ebenfalls mutig den Kopf in den Sand.

Natürlich darf sie der Stimme der Vernunft ihre Spalten nicht öffnen. Das würde die Einheitslichkeit ihrer auf die Verberbung denklustiger Massen und nicht auf Aufklärung eingestellten Taktik stören. Die Massen sollen nicht zur Vernunft kommen, sondern sie sollen ungezügelt und ungeleitet eine Lobreise auf die andere und Verdrähten auf Verdrähten häufen. Das Verbrechen, das da am deutschen Volke zu begehen unternommen worden ist, findet von der „Freiheit“ nicht die rücksichtslose Kritik, die es verdient.

Schließlich liegt wohl System darin. Man weiß recht gut, daß die gärende Unruhe in unserem Volke die Verzweiflung über den Rohstoffmangel ist. Wenn das Volk also Lebensmittel bestände, würde es zur Besonnenheit und zu ruhiger Behandlung der Dinge zurückkehren. Dann lägen alle die rücksichtslosen Hetzartikel auf dem Trockenen. Im hungernden Volke blüht ihr Weizen! Wie schrieb die „rote Fahne“? — Der Hunger wird uns die Pfaffen ganz allein in die Arme treiben. In dieser Spekulation fängt sich die „Freiheit“ mit der „roten Fahne“ ein.

Kriege eine Einwohnerzahl von 65 Millionen. Davon sind vorwiegend in Abzug zu bringen für Elsaß-Lothringen, für die Provinz Posen ohne die deutschen Kreise und für die drei nördlichsten Kreise Schleswigs zusammen 3,8 Millionen, so daß für den deutschen Kern 61,4 Millionen Einwohner verbleiben. In Oesterreich betrug die Zahl der Deutschen 1910 im ganzen 9 000 000. Davon sind diejenigen abzugreifen, die in geschlossener anderssprachiger Umgebung leben. Bleiben die Deutschböhmen mit Deutschösterreich vereint und ebenso die Deutschrussen, so ist Deutschösterreich im allergeringsten Falle mit 9 Millionen einzuzählen. Wenn aber Böhmen, die drei reindeutschen Bezirke von Oesterreichisch-Schlesien (Freiwaldau, Freudenbach, Jägerndorf) und die deutschen Tiroler Bezirke südlich des Brenners (bei Kriegsausbruch 288 400 Einwohner) nicht dazu geschlagen werden, dann wäre die Einwohnerzahl Deutschösterreichs nur etwa 6 1/2 Millionen. Demnach hat Deutschland nach Anschluß von Deutschösterreich im allergeringsten Falle 70,8 Millionen Einwohner. Da Deutschösterreich aber beim Friedensschluß wohl noch fast bestimmt wird, so ist mit einer Gesamtsumme von 69 Millionen zu rechnen.

### Notizen.

— Theater. Im Theater am Rollendorfsplatz wird am Freitag wegen Erkrankung eines Mitgliedes statt des „Juxbarons“ die Operette „Wo die Berge singt“ gegeben.

— Vorträge. Der Vortrag von Dr. Max Deri über „Ferdinand Hodler“ zum Weiten der Charlottenburger Hauspflege ist auf Montag, 8 Uhr, verlegt (Charlottenburger Rollhaus). — Im Retropol-Theater sprechen am Sonntag, den 30. März, mittags 12 Uhr, in einer Ost-Afrika-Vorlesung des Vereins „Berliner Presse“ Generalmajor von Leitow-Gorbok und sein Adjutant v. Rudelsfeld über die Vögelereien ihres vierjährigen kriegerischen Romabenebens. Kartenverkauf von Montag an.

— Neue Verluste des deutschen Kunstbesitzes. Eben erst ist die Berliner Sammlung James Simon aufgelöst worden, und schon wieder drohen dem Berliner Kunstbesitz große Verluste. Wie der Vermeer und der Franz Hals aus dieser Sammlung nach Holland gebracht wurden, so ist darhin auch der Franz Hals verkauft, der dem Herrn Karl von der Dendt gehört. Am hartnäckigsten halten sich die Betrüde über weitgehende Beckläufe aus der Sammlung Leopold Koppel. So wird das männliche Bildnis von Rembrandt im Handel angeboten, und zwar für zwei Millionen. Es ist dies eines der eindrucksvollsten Bildnisse des Meisters aus seiner reifen Zeit.

— Es ist unbegreiflich, wie die Regierung dieser Auswanderung der großen Kunstwerke tatenlos zuschaut. Oder gehören die großen Kunstwerke nicht zum nationalen Kulturbesitz, den wir unseren Nachkommen erhalten müssen?

Judem besteht die Gefahr, daß die Schieber sich dieses Kunsthandels bemächtigen und mit den Werken auch das Geld ins Ausland verbringen.

— Das Filmschicksal hat nun auch Bedekind erreicht. Die Erben Jansens und Björnsens haben den Verrat an der Literatur begonnen, nachdem die Lebenden — Hauptmann an der Spitze — sich selbst verkauft hatten. Die Witwe Bedekinds gibt den Segen dazu und — dieses schließt bloß noch zu einer richtigen Bedekindschen Komödie — zwei Kochschaffler, darunter ein Literaturprofessor, besorgen die Filmbearbeitung.

— So ist das Leben, heißt bezeichnend eines der zu verfilmenden Dramen.

# Kein Staatspräsident in Preußen.

## Preussische Landesversammlung.

6. Sitzung vom 20. März, 3 Uhr nachmittags  
Am Ministerisch: Dirsch, Ernst a.  
Zunächst wird die Diätenvorlage in 2 Lesungen ohne Erörterung einstimmig angenommen.

### Es folgt die Fortsetzung der zweiten Beratung der Vorläufigen Verfassung.

Zu § 2, wonach der Präsident der verfassunggebenden Landesversammlung die Regierung beruft, beantragen die Deutschen nationalen Herzog und Genossen, die vollziehende Gewalt einem Staatspräsidenten zu übertragen, der von der Landesversammlung zu wählen ist und das Staatsministerium zu berufen hat.

Abg. Criser (Dem.) befürwortet einen Antrag, wonach § 3 lautet soll: Die verfassunggebende Landesversammlung wählt den Ministerpräsidenten mit absoluter Stimmenmehrheit. Dieser besteht die übrigen Mitglieder. Für einen Staatspräsidenten, so führt Redner aus, liegt eine dringende Veranlassung nicht vor, das kann bis zur Verabschiedung der endgültigen Verfassung hinausgeschoben werden; gegenwärtig kommt es vor allem auf die Stärkung der Reichsgewalt an. Wir wollen auch den Weimarer Beschlüssen über die Ausgestaltung der Reichsverfassung nicht vorgreifen. § 3 der Vorlage betrifft uns aber auch als Provisorium nicht. Es ist nicht gesagt, was nach einer Auflösung des Landtages geschehen soll, wenn kein Präsident da ist; auch ist für die Zeit zwischen den Wahlen keine Bestimmung getroffen. Die Mehrheiten können wechseln, und es wäre denkbar, daß dann der Präsident noch im Sinne der alten Verfassung bei der Berufung verfährt, womit ein Konflikt gegeben wäre. Die Berufung der Regierung sollte in das Haus selbst verlagert werden. Damit würde von Anfang an die Regierung fest mit einer bestimmten Mehrheit veranlagt. Das Vertrauensverhältnis zwischen der Mehrheit drängen im Lande, der Mehrheit hier im Hause und in der Regierung fordert geradezu, daß das Haus die Regierung zu bestimmen hat. Wir sollten das größte aller Souveränitätsrechte, das Recht der Regierungsbildung, nicht aus den Händen geben, nur so verfahren wir demokratisch. (Beifall b. d. Dem.)

Abg. Graf Frankfort a. M. (Soz.) befürwortet den Antrag, wonach § 3 lautet soll: Die Landesversammlung wählt den Ministerpräsidenten mit absoluter Stimmenmehrheit. Dieser besteht die übrigen Mitglieder. Für einen Staatspräsidenten, so führt Redner aus, liegt eine dringende Veranlassung nicht vor, das kann bis zur Verabschiedung der endgültigen Verfassung hinausgeschoben werden; gegenwärtig kommt es vor allem auf die Stärkung der Reichsgewalt an. Wir wollen auch den Weimarer Beschlüssen über die Ausgestaltung der Reichsverfassung nicht vorgreifen. § 3 der Vorlage betrifft uns aber auch als Provisorium nicht. Es ist nicht gesagt, was nach einer Auflösung des Landtages geschehen soll, wenn kein Präsident da ist; auch ist für die Zeit zwischen den Wahlen keine Bestimmung getroffen. Die Mehrheiten können wechseln, und es wäre denkbar, daß dann der Präsident noch im Sinne der alten Verfassung bei der Berufung verfährt, womit ein Konflikt gegeben wäre. Die Berufung der Regierung sollte in das Haus selbst verlagert werden. Damit würde von Anfang an die Regierung fest mit einer bestimmten Mehrheit veranlagt. Das Vertrauensverhältnis zwischen der Mehrheit drängen im Lande, der Mehrheit hier im Hause und in der Regierung fordert geradezu, daß das Haus die Regierung zu bestimmen hat. Wir sollten das größte aller Souveränitätsrechte, das Recht der Regierungsbildung, nicht aus den Händen geben, nur so verfahren wir demokratisch. (Beifall b. d. Dem.)

Abg. Graf Frankfort a. M. (Soz.) befürwortet den Antrag, wonach § 3 lautet soll: Die Landesversammlung wählt den Ministerpräsidenten mit absoluter Stimmenmehrheit. Dieser besteht die übrigen Mitglieder. Für einen Staatspräsidenten, so führt Redner aus, liegt eine dringende Veranlassung nicht vor, das kann bis zur Verabschiedung der endgültigen Verfassung hinausgeschoben werden; gegenwärtig kommt es vor allem auf die Stärkung der Reichsgewalt an. Wir wollen auch den Weimarer Beschlüssen über die Ausgestaltung der Reichsverfassung nicht vorgreifen. § 3 der Vorlage betrifft uns aber auch als Provisorium nicht. Es ist nicht gesagt, was nach einer Auflösung des Landtages geschehen soll, wenn kein Präsident da ist; auch ist für die Zeit zwischen den Wahlen keine Bestimmung getroffen. Die Mehrheiten können wechseln, und es wäre denkbar, daß dann der Präsident noch im Sinne der alten Verfassung bei der Berufung verfährt, womit ein Konflikt gegeben wäre. Die Berufung der Regierung sollte in das Haus selbst verlagert werden. Damit würde von Anfang an die Regierung fest mit einer bestimmten Mehrheit veranlagt. Das Vertrauensverhältnis zwischen der Mehrheit drängen im Lande, der Mehrheit hier im Hause und in der Regierung fordert geradezu, daß das Haus die Regierung zu bestimmen hat. Wir sollten das größte aller Souveränitätsrechte, das Recht der Regierungsbildung, nicht aus den Händen geben, nur so verfahren wir demokratisch. (Beifall b. d. Dem.)

Abg. Graf Frankfort a. M. (Soz.) befürwortet den Antrag, wonach § 3 lautet soll: Die Landesversammlung wählt den Ministerpräsidenten mit absoluter Stimmenmehrheit. Dieser besteht die übrigen Mitglieder. Für einen Staatspräsidenten, so führt Redner aus, liegt eine dringende Veranlassung nicht vor, das kann bis zur Verabschiedung der endgültigen Verfassung hinausgeschoben werden; gegenwärtig kommt es vor allem auf die Stärkung der Reichsgewalt an. Wir wollen auch den Weimarer Beschlüssen über die Ausgestaltung der Reichsverfassung nicht vorgreifen. § 3 der Vorlage betrifft uns aber auch als Provisorium nicht. Es ist nicht gesagt, was nach einer Auflösung des Landtages geschehen soll, wenn kein Präsident da ist; auch ist für die Zeit zwischen den Wahlen keine Bestimmung getroffen. Die Mehrheiten können wechseln, und es wäre denkbar, daß dann der Präsident noch im Sinne der alten Verfassung bei der Berufung verfährt, womit ein Konflikt gegeben wäre. Die Berufung der Regierung sollte in das Haus selbst verlagert werden. Damit würde von Anfang an die Regierung fest mit einer bestimmten Mehrheit veranlagt. Das Vertrauensverhältnis zwischen der Mehrheit drängen im Lande, der Mehrheit hier im Hause und in der Regierung fordert geradezu, daß das Haus die Regierung zu bestimmen hat. Wir sollten das größte aller Souveränitätsrechte, das Recht der Regierungsbildung, nicht aus den Händen geben, nur so verfahren wir demokratisch. (Beifall b. d. Dem.)

Abg. Graf Frankfort a. M. (Soz.) befürwortet den Antrag, wonach § 3 lautet soll: Die Landesversammlung wählt den Ministerpräsidenten mit absoluter Stimmenmehrheit. Dieser besteht die übrigen Mitglieder. Für einen Staatspräsidenten, so führt Redner aus, liegt eine dringende Veranlassung nicht vor, das kann bis zur Verabschiedung der endgültigen Verfassung hinausgeschoben werden; gegenwärtig kommt es vor allem auf die Stärkung der Reichsgewalt an. Wir wollen auch den Weimarer Beschlüssen über die Ausgestaltung der Reichsverfassung nicht vorgreifen. § 3 der Vorlage betrifft uns aber auch als Provisorium nicht. Es ist nicht gesagt, was nach einer Auflösung des Landtages geschehen soll, wenn kein Präsident da ist; auch ist für die Zeit zwischen den Wahlen keine Bestimmung getroffen. Die Mehrheiten können wechseln, und es wäre denkbar, daß dann der Präsident noch im Sinne der alten Verfassung bei der Berufung verfährt, womit ein Konflikt gegeben wäre. Die Berufung der Regierung sollte in das Haus selbst verlagert werden. Damit würde von Anfang an die Regierung fest mit einer bestimmten Mehrheit veranlagt. Das Vertrauensverhältnis zwischen der Mehrheit drängen im Lande, der Mehrheit hier im Hause und in der Regierung fordert geradezu, daß das Haus die Regierung zu bestimmen hat. Wir sollten das größte aller Souveränitätsrechte, das Recht der Regierungsbildung, nicht aus den Händen geben, nur so verfahren wir demokratisch. (Beifall b. d. Dem.)

Abg. Graf Frankfort a. M. (Soz.) befürwortet den Antrag, wonach § 3 lautet soll: Die Landesversammlung wählt den Ministerpräsidenten mit absoluter Stimmenmehrheit. Dieser besteht die übrigen Mitglieder. Für einen Staatspräsidenten, so führt Redner aus, liegt eine dringende Veranlassung nicht vor, das kann bis zur Verabschiedung der endgültigen Verfassung hinausgeschoben werden; gegenwärtig kommt es vor allem auf die Stärkung der Reichsgewalt an. Wir wollen auch den Weimarer Beschlüssen über die Ausgestaltung der Reichsverfassung nicht vorgreifen. § 3 der Vorlage betrifft uns aber auch als Provisorium nicht. Es ist nicht gesagt, was nach einer Auflösung des Landtages geschehen soll, wenn kein Präsident da ist; auch ist für die Zeit zwischen den Wahlen keine Bestimmung getroffen. Die Mehrheiten können wechseln, und es wäre denkbar, daß dann der Präsident noch im Sinne der alten Verfassung bei der Berufung verfährt, womit ein Konflikt gegeben wäre. Die Berufung der Regierung sollte in das Haus selbst verlagert werden. Damit würde von Anfang an die Regierung fest mit einer bestimmten Mehrheit veranlagt. Das Vertrauensverhältnis zwischen der Mehrheit drängen im Lande, der Mehrheit hier im Hause und in der Regierung fordert geradezu, daß das Haus die Regierung zu bestimmen hat. Wir sollten das größte aller Souveränitätsrechte, das Recht der Regierungsbildung, nicht aus den Händen geben, nur so verfahren wir demokratisch. (Beifall b. d. Dem.)

Abg. Graf Frankfort a. M. (Soz.) befürwortet den Antrag, wonach § 3 lautet soll: Die Landesversammlung wählt den Ministerpräsidenten mit absoluter Stimmenmehrheit. Dieser besteht die übrigen Mitglieder. Für einen Staatspräsidenten, so führt Redner aus, liegt eine dringende Veranlassung nicht vor, das kann bis zur Verabschiedung der endgültigen Verfassung hinausgeschoben werden; gegenwärtig kommt es vor allem auf die Stärkung der Reichsgewalt an. Wir wollen auch den Weimarer Beschlüssen über die Ausgestaltung der Reichsverfassung nicht vorgreifen. § 3 der Vorlage betrifft uns aber auch als Provisorium nicht. Es ist nicht gesagt, was nach einer Auflösung des Landtages geschehen soll, wenn kein Präsident da ist; auch ist für die Zeit zwischen den Wahlen keine Bestimmung getroffen. Die Mehrheiten können wechseln, und es wäre denkbar, daß dann der Präsident noch im Sinne der alten Verfassung bei der Berufung verfährt, womit ein Konflikt gegeben wäre. Die Berufung der Regierung sollte in das Haus selbst verlagert werden. Damit würde von Anfang an die Regierung fest mit einer bestimmten Mehrheit veranlagt. Das Vertrauensverhältnis zwischen der Mehrheit drängen im Lande, der Mehrheit hier im Hause und in der Regierung fordert geradezu, daß das Haus die Regierung zu bestimmen hat. Wir sollten das größte aller Souveränitätsrechte, das Recht der Regierungsbildung, nicht aus den Händen geben, nur so verfahren wir demokratisch. (Beifall b. d. Dem.)

Abg. Graf Frankfort a. M. (Soz.) befürwortet den Antrag, wonach § 3 lautet soll: Die Landesversammlung wählt den Ministerpräsidenten mit absoluter Stimmenmehrheit. Dieser besteht die übrigen Mitglieder. Für einen Staatspräsidenten, so führt Redner aus, liegt eine dringende Veranlassung nicht vor, das kann bis zur Verabschiedung der endgültigen Verfassung hinausgeschoben werden; gegenwärtig kommt es vor allem auf die Stärkung der Reichsgewalt an. Wir wollen auch den Weimarer Beschlüssen über die Ausgestaltung der Reichsverfassung nicht vorgreifen. § 3 der Vorlage betrifft uns aber auch als Provisorium nicht. Es ist nicht gesagt, was nach einer Auflösung des Landtages geschehen soll, wenn kein Präsident da ist; auch ist für die Zeit zwischen den Wahlen keine Bestimmung getroffen. Die Mehrheiten können wechseln, und es wäre denkbar, daß dann der Präsident noch im Sinne der alten Verfassung bei der Berufung verfährt, womit ein Konflikt gegeben wäre. Die Berufung der Regierung sollte in das Haus selbst verlagert werden. Damit würde von Anfang an die Regierung fest mit einer bestimmten Mehrheit veranlagt. Das Vertrauensverhältnis zwischen der Mehrheit drängen im Lande, der Mehrheit hier im Hause und in der Regierung fordert geradezu, daß das Haus die Regierung zu bestimmen hat. Wir sollten das größte aller Souveränitätsrechte, das Recht der Regierungsbildung, nicht aus den Händen geben, nur so verfahren wir demokratisch. (Beifall b. d. Dem.)

Abg. Graf Frankfort a. M. (Soz.) befürwortet den Antrag, wonach § 3 lautet soll: Die Landesversammlung wählt den Ministerpräsidenten mit absoluter Stimmenmehrheit. Dieser besteht die übrigen Mitglieder. Für einen Staatspräsidenten, so führt Redner aus, liegt eine dringende Veranlassung nicht vor, das kann bis zur Verabschiedung der endgültigen Verfassung hinausgeschoben werden; gegenwärtig kommt es vor allem auf die Stärkung der Reichsgewalt an. Wir wollen auch den Weimarer Beschlüssen über die Ausgestaltung der Reichsverfassung nicht vorgreifen. § 3 der Vorlage betrifft uns aber auch als Provisorium nicht. Es ist nicht gesagt, was nach einer Auflösung des Landtages geschehen soll, wenn kein Präsident da ist; auch ist für die Zeit zwischen den Wahlen keine Bestimmung getroffen. Die Mehrheiten können wechseln, und es wäre denkbar, daß dann der Präsident noch im Sinne der alten Verfassung bei der Berufung verfährt, womit ein Konflikt gegeben wäre. Die Berufung der Regierung sollte in das Haus selbst verlagert werden. Damit würde von Anfang an die Regierung fest mit einer bestimmten Mehrheit veranlagt. Das Vertrauensverhältnis zwischen der Mehrheit drängen im Lande, der Mehrheit hier im Hause und in der Regierung fordert geradezu, daß das Haus die Regierung zu bestimmen hat. Wir sollten das größte aller Souveränitätsrechte, das Recht der Regierungsbildung, nicht aus den Händen geben, nur so verfahren wir demokratisch. (Beifall b. d. Dem.)

Abg. Graf Frankfort a. M. (Soz.) befürwortet den Antrag, wonach § 3 lautet soll: Die Landesversammlung wählt den Ministerpräsidenten mit absoluter Stimmenmehrheit. Dieser besteht die übrigen Mitglieder. Für einen Staatspräsidenten, so führt Redner aus, liegt eine dringende Veranlassung nicht vor, das kann bis zur Verabschiedung der endgültigen Verfassung hinausgeschoben werden; gegenwärtig kommt es vor allem auf die Stärkung der Reichsgewalt an. Wir wollen auch den Weimarer Beschlüssen über die Ausgestaltung der Reichsverfassung nicht vorgreifen. § 3 der Vorlage betrifft uns aber auch als Provisorium nicht. Es ist nicht gesagt, was nach einer Auflösung des Landtages geschehen soll, wenn kein Präsident da ist; auch ist für die Zeit zwischen den Wahlen keine Bestimmung getroffen. Die Mehrheiten können wechseln, und es wäre denkbar, daß dann der Präsident noch im Sinne der alten Verfassung bei der Berufung verfährt, womit ein Konflikt gegeben wäre. Die Berufung der Regierung sollte in das Haus selbst verlagert werden. Damit würde von Anfang an die Regierung fest mit einer bestimmten Mehrheit veranlagt. Das Vertrauensverhältnis zwischen der Mehrheit drängen im Lande, der Mehrheit hier im Hause und in der Regierung fordert geradezu, daß das Haus die Regierung zu bestimmen hat. Wir sollten das größte aller Souveränitätsrechte, das Recht der Regierungsbildung, nicht aus den Händen geben, nur so verfahren wir demokratisch. (Beifall b. d. Dem.)

Abg. Graf Frankfort a. M. (Soz.) befürwortet den Antrag, wonach § 3 lautet soll: Die Landesversammlung wählt den Ministerpräsidenten mit absoluter Stimmenmehrheit. Dieser besteht die übrigen Mitglieder. Für einen Staatspräsidenten, so führt Redner aus, liegt eine dringende Veranlassung nicht vor, das kann bis zur Verabschiedung der endgültigen Verfassung hinausgeschoben werden; gegenwärtig kommt es vor allem auf die Stärkung der Reichsgewalt an. Wir wollen auch den Weimarer Beschlüssen über die Ausgestaltung der Reichsverfassung nicht vorgreifen. § 3 der Vorlage betrifft uns aber auch als Provisorium nicht. Es ist nicht gesagt, was nach einer Auflösung des Landtages geschehen soll, wenn kein Präsident da ist; auch ist für die Zeit zwischen den Wahlen keine Bestimmung getroffen. Die Mehrheiten können wechseln, und es wäre denkbar, daß dann der Präsident noch im Sinne der alten Verfassung bei der Berufung verfährt, womit ein Konflikt gegeben wäre. Die Berufung der Regierung sollte in das Haus selbst verlagert werden. Damit würde von Anfang an die Regierung fest mit einer bestimmten Mehrheit veranlagt. Das Vertrauensverhältnis zwischen der Mehrheit drängen im Lande, der Mehrheit hier im Hause und in der Regierung fordert geradezu, daß das Haus die Regierung zu bestimmen hat. Wir sollten das größte aller Souveränitätsrechte, das Recht der Regierungsbildung, nicht aus den Händen geben, nur so verfahren wir demokratisch. (Beifall b. d. Dem.)

Abg. Graf Frankfort a. M. (Soz.) befürwortet den Antrag, wonach § 3 lautet soll: Die Landesversammlung wählt den Ministerpräsidenten mit absoluter Stimmenmehrheit. Dieser besteht die übrigen Mitglieder. Für einen Staatspräsidenten, so führt Redner aus, liegt eine dringende Veranlassung nicht vor, das kann bis zur Verabschiedung der endgültigen Verfassung hinausgeschoben werden; gegenwärtig kommt es vor allem auf die Stärkung der Reichsgewalt an. Wir wollen auch den Weimarer Beschlüssen über die Ausgestaltung der Reichsverfassung nicht vorgreifen. § 3 der Vorlage betrifft uns aber auch als Provisorium nicht. Es ist nicht gesagt, was nach einer Auflösung des Landtages geschehen soll, wenn kein Präsident da ist; auch ist für die Zeit zwischen den Wahlen keine Bestimmung getroffen. Die Mehrheiten können wechseln, und es wäre denkbar, daß dann der Präsident noch im Sinne der alten Verfassung bei der Berufung verfährt, womit ein Konflikt gegeben wäre. Die Berufung der Regierung sollte in das Haus selbst verlagert werden. Damit würde von Anfang an die Regierung fest mit einer bestimmten Mehrheit veranlagt. Das Vertrauensverhältnis zwischen der Mehrheit drängen im Lande, der Mehrheit hier im Hause und in der Regierung fordert geradezu, daß das Haus die Regierung zu bestimmen hat. Wir sollten das größte aller Souveränitätsrechte, das Recht der Regierungsbildung, nicht aus den Händen geben, nur so verfahren wir demokratisch. (Beifall b. d. Dem.)

Abg. Graf Frankfort a. M. (Soz.) befürwortet den Antrag, wonach § 3 lautet soll: Die Landesversammlung wählt den Ministerpräsidenten mit absoluter Stimmenmehrheit. Dieser besteht die übrigen Mitglieder. Für einen Staatspräsidenten, so führt Redner aus, liegt eine dringende Veranlassung nicht vor, das kann bis zur Verabschiedung der endgültigen Verfassung hinausgeschoben werden; gegenwärtig kommt es vor allem auf die Stärkung der Reichsgewalt an. Wir wollen auch den Weimarer Beschlüssen über die Ausgestaltung der Reichsverfassung nicht vorgreifen. § 3 der Vorlage betrifft uns aber auch als Provisorium nicht. Es ist nicht gesagt, was nach einer Auflösung des Landtages geschehen soll, wenn kein Präsident da ist; auch ist für die Zeit zwischen den Wahlen keine Bestimmung getroffen. Die Mehrheiten können wechseln, und es wäre denkbar, daß dann der Präsident noch im Sinne der alten Verfassung bei der Berufung verfährt, womit ein Konflikt gegeben wäre. Die Berufung der Regierung sollte in das Haus selbst verlagert werden. Damit würde von Anfang an die Regierung fest mit einer bestimmten Mehrheit veranlagt. Das Vertrauensverhältnis zwischen der Mehrheit drängen im Lande, der Mehrheit hier im Hause und in der Regierung fordert geradezu, daß das Haus die Regierung zu bestimmen hat. Wir sollten das größte aller Souveränitätsrechte, das Recht der Regierungsbildung, nicht aus den Händen geben, nur so verfahren wir demokratisch. (Beifall b. d. Dem.)

Abg. Graf Frankfort a. M. (Soz.) befürwortet den Antrag, wonach § 3 lautet soll: Die Landesversammlung wählt den Ministerpräsidenten mit absoluter Stimmenmehrheit. Dieser besteht die übrigen Mitglieder. Für einen Staatspräsidenten, so führt Redner aus, liegt eine dringende Veranlassung nicht vor, das kann bis zur Verabschiedung der endgültigen Verfassung hinausgeschoben werden; gegenwärtig kommt es vor allem auf die Stärkung der Reichsgewalt an. Wir wollen auch den Weimarer Beschlüssen über die Ausgestaltung der Reichsverfassung nicht vorgreifen. § 3 der Vorlage betrifft uns aber auch als Provisorium nicht. Es ist nicht gesagt, was nach einer Auflösung des Landtages geschehen soll, wenn kein Präsident da ist; auch ist für die Zeit zwischen den Wahlen keine Bestimmung getroffen. Die Mehrheiten können wechseln, und es wäre denkbar, daß dann der Präsident noch im Sinne der alten Verfassung bei der Berufung verfährt, womit ein Konflikt gegeben wäre. Die Berufung der Regierung sollte in das Haus selbst verlagert werden. Damit würde von Anfang an die Regierung fest mit einer bestimmten Mehrheit veranlagt. Das Vertrauensverhältnis zwischen der Mehrheit drängen im Lande, der Mehrheit hier im Hause und in der Regierung fordert geradezu, daß das Haus die Regierung zu bestimmen hat. Wir sollten das größte aller Souveränitätsrechte, das Recht der Regierungsbildung, nicht aus den Händen geben, nur so verfahren wir demokratisch. (Beifall b. d. Dem.)

Abg. Graf Frankfort a. M. (Soz.) befürwortet den Antrag, wonach § 3 lautet soll: Die Landesversammlung wählt den Ministerpräsidenten mit absoluter Stimmenmehrheit. Dieser besteht die übrigen Mitglieder. Für einen Staatspräsidenten, so führt Redner aus, liegt eine dringende Veranlassung nicht vor, das kann bis zur Verabschiedung der endgültigen Verfassung hinausgeschoben werden; gegenwärtig kommt es vor allem auf die Stärkung der Reichsgewalt an. Wir wollen auch den Weimarer Beschlüssen über die Ausgestaltung der Reichsverfassung nicht vorgreifen. § 3 der Vorlage betrifft uns aber auch als Provisorium nicht. Es ist nicht gesagt, was nach einer Auflösung des Landtages geschehen soll, wenn kein Präsident da ist; auch ist für die Zeit zwischen den Wahlen keine Bestimmung getroffen. Die Mehrheiten können wechseln, und es wäre denkbar, daß dann der Präsident noch im Sinne der alten Verfassung bei der Berufung verfährt, womit ein Konflikt gegeben wäre. Die Berufung der Regierung sollte in das Haus selbst verlagert werden. Damit würde von Anfang an die Regierung fest mit einer bestimmten Mehrheit veranlagt. Das Vertrauensverhältnis zwischen der Mehrheit drängen im Lande, der Mehrheit hier im Hause und in der Regierung fordert geradezu, daß das Haus die Regierung zu bestimmen hat. Wir sollten das größte aller Souveränitätsrechte, das Recht der Regierungsbildung, nicht aus den Händen geben, nur so verfahren wir demokratisch. (Beifall b. d. Dem.)

Abg. Graf Frankfort a. M. (Soz.) befürwortet den Antrag, wonach § 3 lautet soll: Die Landesversammlung wählt den Ministerpräsidenten mit absoluter Stimmenmehrheit. Dieser besteht die übrigen Mitglieder. Für einen Staatspräsidenten, so führt Redner aus, liegt eine dringende Veranlassung nicht vor, das kann bis zur Verabschiedung der endgültigen Verfassung hinausgeschoben werden; gegenwärtig kommt es vor allem auf die Stärkung der Reichsgewalt an. Wir wollen auch den Weimarer Beschlüssen über die Ausgestaltung der Reichsverfassung nicht vorgreifen. § 3 der Vorlage betrifft uns aber auch als Provisorium nicht. Es ist nicht gesagt, was nach einer Auflösung des Landtages geschehen soll, wenn kein Präsident da ist; auch ist für die Zeit zwischen den Wahlen keine Bestimmung getroffen. Die Mehrheiten können wechseln, und es wäre denkbar, daß dann der Präsident noch im Sinne der alten Verfassung bei der Berufung verfährt, womit ein Konflikt gegeben wäre. Die Berufung der Regierung sollte in das Haus selbst verlagert werden. Damit würde von Anfang an die Regierung fest mit einer bestimmten Mehrheit veranlagt. Das Vertrauensverhältnis zwischen der Mehrheit drängen im Lande, der Mehrheit hier im Hause und in der Regierung fordert geradezu, daß das Haus die Regierung zu bestimmen hat. Wir sollten das größte aller Souveränitätsrechte, das Recht der Regierungsbildung, nicht aus den Händen geben, nur so verfahren wir demokratisch. (Beifall b. d. Dem.)

Abg. Graf Frankfort a. M. (Soz.) befürwortet den Antrag, wonach § 3 lautet soll: Die Landesversammlung wählt den Ministerpräsidenten mit absoluter Stimmenmehrheit. Dieser besteht die übrigen Mitglieder. Für einen Staatspräsidenten, so führt Redner aus, liegt eine dringende Veranlassung nicht vor, das kann bis zur Verabschiedung der endgültigen Verfassung hinausgeschoben werden; gegenwärtig kommt es vor allem auf die Stärkung der Reichsgewalt an. Wir wollen auch den Weimarer Beschlüssen über die Ausgestaltung der Reichsverfassung nicht vorgreifen. § 3 der Vorlage betrifft uns aber auch als Provisorium nicht. Es ist nicht gesagt, was nach einer Auflösung des Landtages geschehen soll, wenn kein Präsident da ist; auch ist für die Zeit zwischen den Wahlen keine Bestimmung getroffen. Die Mehrheiten können wechseln, und es wäre denkbar, daß dann der Präsident noch im Sinne der alten Verfassung bei der Berufung verfährt, womit ein Konflikt gegeben wäre. Die Berufung der Regierung sollte in das Haus selbst verlagert werden. Damit würde von Anfang an die Regierung fest mit einer bestimmten Mehrheit veranlagt. Das Vertrauensverhältnis zwischen der Mehrheit drängen im Lande, der Mehrheit hier im Hause und in der Regierung fordert geradezu, daß das Haus die Regierung zu bestimmen hat. Wir sollten das größte aller Souveränitätsrechte, das Recht der Regierungsbildung, nicht aus den Händen geben, nur so verfahren wir demokratisch. (Beifall b. d. Dem.)

Abg. Graf Frankfort a. M. (Soz.) befürwortet den Antrag, wonach § 3 lautet soll: Die Landesversammlung wählt den Ministerpräsidenten mit absoluter Stimmenmehrheit. Dieser besteht die übrigen Mitglieder. Für einen Staatspräsidenten, so führt Redner aus, liegt eine dringende Veranlassung nicht vor, das kann bis zur Verabschiedung der endgültigen Verfassung hinausgeschoben werden; gegenwärtig kommt es vor allem auf die Stärkung der Reichsgewalt an. Wir wollen auch den Weimarer Beschlüssen über die Ausgestaltung der Reichsverfassung nicht vorgreifen. § 3 der Vorlage betrifft uns aber auch als Provisorium nicht. Es ist nicht gesagt, was nach einer Auflösung des Landtages geschehen soll, wenn kein Präsident da ist; auch ist für die Zeit zwischen den Wahlen keine Bestimmung getroffen. Die Mehrheiten können wechseln, und es wäre denkbar, daß dann der Präsident noch im Sinne der alten Verfassung bei der Berufung verfährt, womit ein Konflikt gegeben wäre. Die Berufung der Regierung sollte in das Haus selbst verlagert werden. Damit würde von Anfang an die Regierung fest mit einer bestimmten Mehrheit veranlagt. Das Vertrauensverhältnis zwischen der Mehrheit drängen im Lande, der Mehrheit hier im Hause und in der Regierung fordert geradezu, daß das Haus die Regierung zu bestimmen hat. Wir sollten das größte aller Souveränitätsrechte, das Recht der Regierungsbildung, nicht aus den Händen geben, nur so verfahren wir demokratisch. (Beifall b. d. Dem.)

wäre es doch sehr unerwünscht, wenn wir in Preußen noch ein paar Wochen oder Monaten den Präsidenten wieder absehen müßten. Ein Staatspräsident ist nicht notwendig, man kann den Präsidenten der Landesversammlung mit entsprechenden Aufgaben betrauen. Für die Ablehnung des Antrags Friedberg sind für uns grundsätzliche Gründe maßgebend.

Nachdem Abg. Dr. Rosenfeld (N. Soz.) sich gegen beide Anträge ausgesprochen hat, werden diese abgelehnt und § 3 unverändert angenommen, ebenso die §§ 6-7.

Nach § 7, bleiben die bisherigen Gesetze und Verordnungen in Kraft. Ein Verzeichnis der Verordnungen ist der Landesversammlung in Monatsfrist vorzulegen. Die Landesversammlung kann Verordnungen außer Kraft setzen.

Abg. Deereberg (Dnatl.): Die Verordnungen der Regierung müssen wir gründlich nachprüfen. Wir sind weit davon entfernt, in dieser Frage irgendwelche Konzessionen zu machen, nicht aus grundsätzlicher Opposition, aber zur Wahrung unseres parlamentarischen Selbstbestimmungsrechts. (Lachen links.) Der Erlass von Verordnungen, als die Versammlung schon gewählt war, ist eine Mißachtung des Parlaments, wofür wir der Regierung keine Indemnität erteilen können.

Ministerpräsident Dirsch: Die Regierung ist der Meinung, daß sie den Wünschen des Volkes in weitestem Maße entsprochen hat. Der Vorschlag, die Verordnungen sofort der Landesversammlung zur Nachprüfung zu überweisen, ist praktisch unbrauchbar. Im übrigen hat die Regierung die Nachprüfung ihrer demokratischen Verordnungen nicht zu fürchten. Sie wünscht sogar nichts schneller als eine Aussprache über diese Angelegenheit, in der Überzeugung, getan zu haben, was sie sonst einfach der tatsächlichen Lage entsprechend tun mußte. (Beifall.)

Abg. Leibig (Dnatl.): Wir erkennen das Recht auch einer Revolutionsregierung zum Erlass von Verordnungen ohne weiteres an, bestritten aber der vorläufigen Regierung das Recht auf Erlass von gesetzestraftigen Verordnungen, nachdem die Landesversammlung gewählt war.

Abg. Rosenfeld (N. Soz.): Die Art, in der die Rechte des Verordnungsrechts der vorläufigen Regierung bekämpft, ist einfach gegenrevolutionär. (Widerspruch und Lachen rechts.) Es ist auch nichts dergleichen einzumenden, daß die Regierung noch nach der Einberufung der Landesversammlung Verordnungen erlassen hat, wozu sie kraft der Revolution berechtigt war.

Abg. Graf Frankfort a. M. (Soz.): Wenn man der vorläufigen Regierung einen Vorwurf machen will, dann muß man sagen, daß sie mit ihren Verordnungen längst nicht weit genug gegangen ist. Insbesondere hat sie versäumt, mit der

### Landeswirtschaft aufzuräumen.

Die von der Regierung beschriebenen Wälder sind in den überaus zahlreichen Gemeinden ganz einfach unterzöliben, und die Regierung hat nicht mit dem nötigen Nachdruck für die Befolgung ihrer Verordnungen gesorgt.

§ 7a wird unverändert angenommen. In § 7b Verordnungsrecht der Regierung im Interesse der öffentlichen Sicherheit oder Befriedigung eines öffentlichen Bedürfnisses während der Zeit, wo die Landesversammlung nicht zusammengetreten kann, beantragt Abg. Dr. Leibig (D. Sp.), die Bestimmung hinzu zu fügen, daß die Verordnungen außer Kraft zu setzen sind, wenn und inwieweit die Landesversammlung es beschließt.

Abg. Dr. von Kries (Dnatl.): Es wäre denkbar, daß auch finanzielle Fragen durch Notverordnung geregelt werden könnten, und ich möchte darüber eine Anfrage an die Regierung richten. Wie steht es z. B. mit der Frage der Übernahme der preussischen Eisenbahnen auf das Reich?

Finanzminister Dr. Schäfers: Die Regierung beabsichtigt nicht, finanzielle Fragen in das Notverordnungsrecht einzubringen. Die Regelung der Übernahme der preussischen Eisenbahnen auf das Reich wird nicht in einem Augenblick erfolgen, wo das Haus nicht versammelt ist. Im übrigen wird diese Frage nur in Vereinbarung mit den gesetzgebenden Körperschaften des Reiches gelöst werden.

Nachdem Abg. Dr. Leibig seinen Antrag begründet und Abg. v. Kries nochmals in der Eisenbahnfrage eine Anfrage an die Regierung gerichtet hat, erklärt

Finanzminister Dr. Schäfers: Kurzweil sind Verhandlungen mit der Reichsregierung im Gange über die

Lars Peter gähnte laut: „Was für Geld? Es war ihm anzuhören, daß er jetzt gern schlafen möchte.“

„Die zweidundert Taler natürlich.“

„Und was geht das uns denn an?“

„Sie ist wohl nicht meine Mutter, was? Aber das Geld kommt doch dem Mädchen zu, und wir wären wohl die Richtigen, es für sie zu verwalten. Stirbt die Alte und die Sachen kommen auf die Auktion, — ja, dann wird der ein gutes Angebot machen, der ein Deckbett kauft und zweihundert Taler mit in den Kauf bekommt. Es wäre besser, du gingst zu ihr und sprächst mit ihr und überredetest sie dazu, uns alles zu übertragen, was sie hinterläßt.“

„Das kannst du ja tun,“ erwiderte Lars Peter und drehte sich entschieden nach der Wand um.

Dann wurde es still. Stine kroch in sich zusammen und preschte die Hände gegen den Mund. Ihr kleines Herz arbeitete eifrig, es sprang und stand wieder still; die Angst um die Großmutter ließ sie beinahe aufschreien. Vielleicht starb ihr Großvater schon heute nacht! Es war lange her, seit sie drüben gewesen war; die Sehnsucht überwältigte sie.

Vorsichtig schlüpfte sie aus dem Bett und zog die Hausstube an.

Die Mutter richtete sich auf: „Wo willst du hin?“

„Ich muß nur einmal hinaus,“ erwiderte Stine mit beinahe verlegener Stimme.

„Wirst einen Korb über, es ist entsetzlich kalt,“ sagte Lars Peter. — „Es wäre doch ganz gut gewesen, den Apparat hier in der Stube zu behalten,“ brummte er kurz darauf.

Es dauerte auffallend lange mit dem Mädchen — Lars Peter stand auf und schaute hinaus. Er bemerkte sie weit drüben auf dem hellen Wege. Schleunigst zog er Dose und Weste an und stürmte hinaus. In weiter Ferne sah er sie davonziehen: er lief und rief: lief und rief; seine gewaltigen Dolchschuhe sangen auf dem Wege. Aber der Abstand zwischen den beiden wurde immer größer; zuletzt verstand sie für ihn. Eine Weile rief er noch hinter ihr her, daß es in die nächtliche Stille hineinschallte; dann kehrte er um.

Stine sah durch die mondbeleuchtete Landschaft von hinten. Der Weg war steinert und knisterte unter ihr. Ihre Dolchschuhe klackten; in den Ländeln und Gräben schauerte die Kälte. „Ach, muß,“ sagte sie. Unten überm See dröhnte es, und die Leute liefen nach der anderen Seite hinüber, wenn das Eis sich hob, um sich Platz zu machen. Aber Stine

### Überführung sämtlicher Staatsbahnen in das Eigentum und den Betrieb des Reiches.

Diese Übernahme soll im Wege des Vertrages geschehen, und zwar ist vorläufig in Aussicht genommen, daß die vertragliche Übertragung bis zu irgend einem noch zu bestimmenden Termin durchzuführen ist. Wird bis zu diesem Termin keine Vereinbarung getroffen, dann werden im Wege der Reichsgesetzgebung die Bedingungen der Übernahme festgesetzt werden, wobei aber die finanzielle Seite einem durchaus unparteiisch zusammengesetzten Schiedsgericht übertragen wird.

Nachdem Abg. Dr. Bergt erklärt hat, daß seine Freunde bei der Debatte über den Noterlass auf die Eisenbahnfrage eingehend zurückkommen würden, wird § 7b, ebenso der Rest des Gesetzes unverändert angenommen; desgleichen die Resolution des Ausschusses.

Zur dritten Lesung der Verfassungsvorlage erklärt Abg. Dr. Rosenfeld (N. Soz.): Nachdem die Landesversammlung es abgelehnt hat, die Erziehungssachen der Revolution durch Einordnung des Miteigentums in die Notverfassung sicherzustellen, werden wir die vorläufige Verfassung ablehnen.

In der Spezialberatung wird zu § 4a ein Antrag Rabe (Dem.) Leibig (D. Sp.) angenommen, wonach die früheren Rechte des Königs als Träger des landesherrlichen Kirchenregiments bis zum Erlass der Kirchenverfassung auf einen von der Staatsregierung zu bestimmenden Staatsminister evangelischen Glaubens übergeben.

Zu § 4 bemerkt Abg. Keller (Soz.): Namens meiner Partei erkläre ich, daß, sobald die Verankerung der Arbeiterrechte in die Reichsverfassung angenommen ist, wir das auch ohne weiteres auf Preußen zu übernehmen bereit sind.

Abg. Dr. Rosenfeld (N. Soz.): Ich möchte die Gelegenheit nicht vorbeigehen lassen, ohne die große Wandlung festzunehmen, die in der Kraft der Reichsverfassung seit gestern vor sich gegangen ist. Im Innern werden die Herren von niemand übertriften.

Abg. Keller (Soz.): Von einer Wandlung in unserer Auffassung kann gar keine Rede sein. Wir haben von jeher auf dem Standpunkt gestanden, daß den Arbeiterräten das ihnen gebührende Recht gewährt werden muß, und sobald die Reichsverfassung uns auf dem Wege vorausgeht, haben wir keinen Anlaß zurückzubleiben.

Nachdem das Gesetz im ganzen gegen die Stimmen der Unabhängigen endgültig angenommen worden war, nimmt das Wort

Ministerpräsident Dirsch: Nachdem das Gesetz über die vorläufige Ordnung der Staatsgewalt verabschiedet und dadurch die Möglichkeit geschaffen worden ist, eine verfassungsmäßige, auf dem geordneten Ausdruck des Willens des preussischen Volkes beruhende Regierung zu bilden, legt die vorläufige Regierung ihre Mandate, die sie aus der Revolution empfangen hat, in die Hand der gesetzlichen Vertreter des preussischen Volkes zurück.

Präsident Leinert: Ich bitte die Regierung, ihre Komter so lange fortzuführen, bis ich in die Lage gekommen bin, eine neue Staatsregierung zu bilden. (Ministerpräsident Dirsch nickt zustimmend.) Das wird mir zugesagt. Hierauf verliert sich das Haus auf Freitag 1 Uhr. (Hörliche Anfragen, u. a. betreffend die Postlösung der Rheinlande von Preußen.)

Schluss gegen 6 1/2 Uhr.

## Groß-Berlin

### Im roten Haus.

Die erste Sitzung der neugewählten Stadtverordnetenversammlung wurde mit einer Feierlichkeit eröffnet. Oberbürgermeister Wermuth hob in seiner Begrüßungsansprache hervor, daß nur 40 der früheren Stadtverordneten wiedergewählt und 95 neu eingetreten sind, darunter 25 Frauen.

Als Alterspräsident übernahm Genosse Wankusch den Vorsitz. Er dankte an die Umwälzung des 9. November an, die uns die Umgestaltung des Gemeindelebens gebracht hat und wies auf die zu lösenden Aufgaben hin.

Im Vorstand der Versammlung sollen nach einer Vereinbarung zwischen den Sozialdemokraten und den Unabhängigen zwei gleichberechtigte Vor-

sitz er nicht. Ihr Herz klopfte wild. Großchen stieß! Großchen stieß! Worte es unablässig durch ihren Sinn.

Um Mitternacht war sie am Ziel, dem Umsinken nahe. Am Giebel machte sie Halt, um Atem zu holen; von drinnen erscholl Großmutter's abgehacktes Reden. „Nun komme ich, Großchen!“ rief sie und pochte ans Fenster; vor Freude schluchzte sie laut auf.

„Wie kalt du bist, Kind!“ sagte die Alte, als sie beide unter dem Deckbett lagen. „Deine Füße sind ja wie ein Eisklumpen — wärm sie dir hier auf meinem Bauch.“ Stine schmeigte sich an sie und lag still da.

„Großchen! Mutter weiß, daß du das Geld in dem Federbett versteckt hast,“ sagte sie plötzlich. „Ich habe es mir gedacht, Kind. Hüß! Herbert!“ Die Alte führte Stines Hand auf ihre Brust, wo ein Mädchen am Hemde befestigt war. „Hier ist es, Kind; Waren wird sich schon in acht nehmen und das halten, was ihr anvertraut ist.“

„Ach ja, für solche Wesen wie uns zwei ist das Leben sehr hart, niemand nimmt sich unserer an, überall sind wir im Wege — und unseren Verwandten am allermeisten. Dich können sie noch richtig ausnützen, und mit mir sind sie fertig. Ich bin verbrannt. So ist es, jawohl!“

Stine hörte die Worte der Alten wie ein trauriges, beruhigendes Summen ins Ohr. Sie war so beglücklich warm und milde und schlief bald ein.

Aber die alte Karen lag noch lange da und haderte mit dem Dasein.

Der Mabe fliegt aus in der Nacht —

Der Winter wurde streng. Den ganzen Dezember hob der Schnee über die Keller hin und trieb in dem weiten Gebüsch vor dem Eiserne zusammen, der einzigen Stelle in der Umgebung, wo etwas Schutz war.

Der See war ganz zugefroren; man konnte von dem einen zum andern Ufer hinübergeln. Der Schinder begab sich abends, wenn Mondschein war, hinunter und haakte mit seinem Golschuh Mäusen und Enten los, die auf dem Eise festgefroren waren. Er kroch mit all dem Eis und Schnee unter den Mantel. Und zu Hause haakte er sie auf den Lof vor den Ofen. Da handte sie Lof und krochte unbeweglich auf einem Bein und starrte krankhaft ins Feuer, bis Stine sie in die Küche nahm und ihnen den Holz umdrehte.

(Fort folgt.)

## Stine Menschenkind.

Von Maria Andersen Weyd.

In der Stube wurde es immer frostiger. Den einen Arm mußte sie vorstrecken, um das Deckbett über dem andern festzuhalten, und die Kälte schnitt in ihre Schulter. Schwesterchen hing an, unruhig zu werden. Sie war die Blutärmste, und es kor sie sehr leicht. Das Deckbett bestand beinahe aus nichts andern als aus dem Zeug. Die Federn waren verbrannt, und die Federn, die man beim Schlachten bekam, wogte die Mutter nicht hineingutun — die sollten zu Weide gemacht werden.

Lars begann zu jammern. Stine nahm die Alltagskleider der Kinder vom Stuhl und breitete sie über dem Deckbett aus. Vom Lager der Eltern her ertönte die Stimme der Mutter. „Ihr sollt still sein!“ sagte sie. Der Vater stand auf, holte seinen Fuhrmantel und bedeckte ihn über die Kleinen; der Mantel war säuer von Staub und Schmutz, aber er wärmte!

„Wie schnell die Kälte hier durch die Wände kommt,“ sagte er, als er wieder

figende und zwei gleichberechtigte Stellvertreter. Da hierzu die Geschäftsordnung geändert werden muß, wurde noch ein vorläufiger Vorstand nach der alten Geschäftsordnung gewählt. Vorsteher wurde der Unabhängige Dr. Weyl mit 110 von 140 abgegebenen Stimmen; an den 30 weißen Zetteln, die abgegeben wurden, war die Gesamtheit der Demokratischen Fraktion mit ihren 21 Mitgliedern beteiligt. Die Bürgerliche Vereinigung, die sich aus der Deutschen und der Deutschnationalen, sowie der Christlichen Volkspartei zusammensetzt, stimmte, wie ihr Führer Pastor Koch erklärte, geschlossen für den Unabhängigen Weyl.

Zum Stellvertreter wurde Genosse Heilmann mit 127 von 136 Stimmen gewählt; 9 Zettel waren unbeschriftet.

Bei der Wahl des zweiten Stellvertreters stimmten für den Deutschnationalen Wege auch die Unabhängigen, wie Dr. Rosenfeld angekündigt hatte. Er erhielt 67 Stimmen; auf den Gegenkandidaten, den Demokraten Dove fielen 62 Stimmen.

Aus dem Strauß von Anträgen der bereits vorklegt, wurde der von den Sozialdemokraten und Unabhängigen gemeinsam eingebrachte

#### Sozialisierungsantrag

zu sofortiger Verhandlung ausgewählt. In der Debatte kamen die Gegenstände der neugebildeten bürgerlichen Gruppen zu den sozialistischen bereits kräftig zum Ausdruck.

Den Sitzungsbericht bringen wir im Hauptblatt.

#### Die gerichtliche Untersuchung

aller Beschuldigungen gegen die Druppen wird sich auf einen von der „Freiheit“ veröffentlichten Befehl der Garde-Schützen-Regiment Division zu erstrecken haben, worin das Standrecht ganz willkürlich auf „Verdächtige“, in deren Wohnungen (oder auch bei denen) Waffen gefunden wurden, ausgedehnt worden war.

Wir haben nach jener Veröffentlichung eine Stellungnahme der Division abgewartet — sie ist bisher nicht erfolgt.

#### Die Große Berliner zahlt Entschädigung!

Die Große Berliner Straßenbahn mittels, gewährt sie für die verhinderte Ausnutzung der März-Festfahrten folgende Entschädigung: 3 M. für eine Wertmarke zu 13,70 M., 4 M. für eine Wertmarke zu 17,50 M., 5 M. für eine Wertmarke zu 23 M., 7 M. für eine Wertmarke zu 28 M., 9 M. für eine Wertmarke zu 35 M. Die Auszahlung erfolgt vom 31. März bis zum 20. April in der Hauptausgabestelle, Leipziger Platz 14, werktäglich von 9 bis 11 Uhr, am ersten und letzten Werktag im Monat von 8 bis 10 Uhr gegen Vorlage der Zeitkarte mit Marke oder bei Rückgabe der selben Marke für März. Bei Einwendung der Marken durch die Post wird den Abonnenten die Entschädigung auf seine Kosten zugestiftet.

#### Eine Maßregelung.

Die Firma Siemens u. Halske hat den Obmann der Kriegsschädigten und Kriegshinterbliebenen des Siemenskonzerns, Gen. Reich, entlassen, weil er der Firma hinsichtlich der Verwaltung der Kriegsfürsorgeleistung Betrug und Steuerhinterziehung vorgeworfen und bestraft habe. Herr G. v. Siemens habe die geschätzten 4 Millionen genommen und davon eine Sommerreise gemacht. Genosse Reich erklärte der Firma, daß diese Worte im Laufe der Diskussion von Diskussionsrednern gefallen sind. Dies wurde auch in der gestrigen Versammlung der Kriegsschädigten usw. des Siemenskonzerns bestätigt. Die Versammlung faßte einstimmig folgende Resolution: „Die Versammlung nimmt mit Entschiedenheit Kenntnis von der erfolgten Entlassung des Kameraden Reich. Die Versammelten verurteilen aufs Schärfste die von der Leitung des Siemenskonzerns angewandte Methode, die sich durch das System der Zutragerei den Vorstand zur Entlassung befähigen ließ, um auf diese Weise einen lästigen Vertrauensmann der Kriegsschädigten und Kriegshinterbliebenen unschädlich zu machen. Die Versammelten protestieren energisch gegen die erfolgte Maßregelung ihres Vertreters und verlangen dessen sofortige Wiedereinstellung.“

Republikanische Schutztruppe. Laut Verfügung des Reichswehrministers wurde Hauptmann Wehmann als Führer des Kommandos der „Republikanischen Schutztruppen“ bis auf weiteres bestätigt.

#### S. P. D.-Zieg in Brandenburg.

Bei der Neuwahl des Arbeiterrates erhielten die Mehrheitssozialisten 8067 Stimmen und 40 Sitze, die Unabhängigen 1729 Stimmen und 8 Sitze und die Beamtenvereinigung 1505 Stimmen und 7 Sitze.

#### Aufklärung des Diebstahls in der Reichsdruckerei.

Ein größerer Diebstahl, der vor acht Tagen in der Reichsdruckerei verübt wurde, hat durch die Aufmerksamkeits einer Warenhausfahndung rasch seine Aufklärung gefunden. In dem Warenhaus von Hermann Joseph zu Neukölln erschien gestern nachmittags eine junge Kundin, machte verschiedene kleine Einkäufe und gab an der Kasse einen Zwanzigmarschlein ohne Nummer in Zahlung. Die Kassiererin hielt die Kundin an und beantragte, daß sie der Polizei übergeben würde. Diese fand in ihrer Aktentasche, die sie bei sich führte, noch einen ganzen Stoß unnummerierter Zwanzigmarschlein und außerdem einen Stempelposten und eine falsche Stempelfarbe. Der Verdacht, daß alle diese Scheine zu denen, die in der Reichsdruckerei entwandelt wurden, gehörten, ließ sie sich bald. Die Angehaltene, eine 20 Jahre alte Arbeiterin Erna Schulz aus der Besenstraße 167, gestand im Laufe des Verhörs, daß sie die Diebin aus der Reichsdruckerei sei. Sie war dort seit Dezember v. J. beschäftigt. Am 12. d. M. erhielt sie bei ihrer Arbeit ein Paket Zwanzigmarschlein mehr als ihr zur Erledigung zugewiesen werden sollte. Sie benutzte die Gelegenheit, das ganze Paket, das 1000 Zwanzigmarschlein enthielt, heimlich auf die Seite zu bringen. Die Scheine waren bis auf die Nummerierung fertig. Diese besorgte sie zunächst selbst, bald aber sah sie gar nicht mehr darauf, ob ein Schein nummeriert war oder nicht. Die Geschäftsleute hatten darauf gar nicht geachtet. So hatte sie schon für 9000 M. Wäsche, Blumen, Schmuckstücke, Lebensmittel usw. unangefordert eingekauft. Ihrer Mutter hatte sie mehrere tausend Mark geschenkt unter der Vorpiegelung, daß sie 15 000 M. in der Lotterie gewonnen habe. Die Neuköllner Kriminalpolizei verhaftete das Mädchen und beschlagnahmte bei ihm und der Mutter noch 17 000 M. und dazu die eingekauften Waren, so daß die Reichsdruckerei ohne Schaden davonkam.

Zwei große Wohnungsüberbrüche, bei denen den Tätern für 75 000 M. Werte in die Hände fielen, wurden in der Garten- und in der Bamberg-er Straße verübt.

Sammelschwindel unter Mißbrauch des Namens „Deutsche Schutzdivision“ und angeblich für die Auffandsposten wird von einem „Leutnant Schäfer“ im Westen betrieben. Verhaftungen lassen!

Kartellverband Groß-Berlin für Sport und Körperpflege. Alle Erdarbeiten, welche ehemals diesem Verband angeschlossen waren und alle Sportgegenstände, welche am 6. d. M. in der Sitzung anwesend waren, werden hiermit zu der am 28. März bei Regener, Seydelstr. 30, abends 6 Uhr, stattfindenden Sitzung, eingeladen. Tagesordnung: Wahl des geschäftsführenden Ausschusses und der Prüfungskommission. Jedes Erdarbeit sendet einen Vertreter. Die Adressen sind einzureichen an G. Blau, Neukölln, Kleinmehlstr. 71.

Arbeiter-Zamariter-Bund, Kolonne Groß-Berlin. Die Übung am 23. März in den Villagelbergen kann nicht stattfinden. — Montag, den 24. März: Prüfung der Kursteilnehmer im Vereinslokal.

Der Turnverein „Jahn“, Treptow-Panitzschenerweg eröffnet am Freitag, 6-8 Uhr, die Schießabteilung in der Turnhalle der 2. Gemeinde-schule. Turnabende sind folgende: Schießabteilung: Dienstags und Freitags von 6-8, Turnhalle der 2. Gemeindegemeinschaft. I. Männerabteilung: Dienstags und Freitags von 8-10, Turnhalle der 2. Gemeindegemeinschaft. II. Frauenabteilung: Dienstags und Freitags von 8-10 im Gymn. III. Männerabteilung: Montags und Donnerstags von 8-10, Turnhalle der 1. Gemeindegemeinschaft, Reicholzstr. 45.

Fußball. Die erste Fußballmannschaft der Turnerschaft Nichtenberg spielt am Sonntag gegen die erste Fußballmannschaft vom Sportplatz Weihensee in Weihensee. Die L.-B.-Mannschaft der Freien Turnerschaft spielt gegen die erste Mannschaft von Nichte 9, Platz Nichtenberg, Eitelstraße.

Am Freitag, den 21. März, fällt die Juristische Sprechstunde aus.

#### Der Teltower Kreis tag will ewig leben!

Zum Teltower Kreis tag wird Landrat v. Scheubach auf die Arbeiten des Kreises zur Hebung der Landwirtschaft und Viehzucht, auf dem Gebiete des Straßenbaus, der Bahnen, des Schiffahrtsverkehrs und des Krankenwesens hin. Bürgermeister Dr. Behndorf (Landwirt) bezieht die Verordnung der Regierung über die Kreis tagtag als rechtsgültig und stellt folgenden Antrag:

Der Kreis tag erhebt die Notwendigkeit zeitgemäßer Reform anerkennend, gegen seine grundlose Auflösung Einspruch und lehnt die Beschlußfassung über den Antrag des Kreis ausschusses sowie jede andere Mitwirkung bei Durchführung der rechtswidrigen Verordnung der preussischen Regierung vom 19. Februar 1913 ab. Er erklart den Kreis ausschuss, diesen Beschluß unzerstörlich der preussischen Landesversammlung mit dem Ersuchen um Schutz gegen diese Rechtsverletzung zur Kenntnis zu bringen.

Dieser Antrag wurde in geheimer Abstimmung mit 32 gegen 10 Stimmen angenommen und damit die Vorlage des Kreis ausschusses abgelehnt.

Der Bildung der Gemeindefiskalrat als eigener Amtsbezirk wurde zugestimmt.

Mit der Vorlage über die Bewilligung von 5 Millionen Mark zu Restaurationsarbeiten wurde ein Antrag Abg. Haberland, bei dem Demobilisationsamt dahin vorstellig zu werden, daß eine im sozialen Geiste angebaute Arbeitspflicht eingeführt werde, angenommen. Die Kreissteuer wurde auf 44 Proz. erhöht.

Rechtsan. Krankenheime für Kriegshinterbliebene werden nur im städtischen Kriegsfürsorgeamt Ganshofenstraße 10/11, 1 Treppe, gegen Vorlage der Reklambescheide ausgestellt.

Veranstaltung für Geschlechtskrankheiten in Charlottenburg vergl. heutiges Blatt.

#### Groß-Berliner Lebensmittel.

Buchholz. In der Gemeindefürsorgestelle noch verschiedene Eudorfen (Anorh), ebenso noch eine große Anzahl Männerfäden und Kinderfäden zu haben. Weitere Herrenfäden für Kleider. — Heute von 9 Uhr ab lassen im hiesigen Umkleekabinett verschiedene Kleidungsstücke verkauft werden. Besondere Beachtung sind nur diejenigen, welche sich zum Kauf angemeldet haben. Der Verkauf von Stoffen wird heute und morgen in bestimmter Stundenfolge im Umkleekabinett vorgenommen.

Notwendig. Anträge der Verkehrshilfsstellen wird die Kartellstellen an drei Funden herabgesetzt. Zum Ausgleich Stollhöfen in jeder Menge.

Pankow. Vom Montag ab in den Konsumgeschäften Verkauf von Schokolade für Kinder, welche in der Zeit vom 1. Oktober 1913 bis 30. September 1915 geboren sind, auf Erziehungskasse. Gegen Rückgabe eines in der Fortschrittensabteilung erlangenen Erziehungskassenschein kann bis zum 31. d. M. eine Tafel Schokolade im Gewicht von ca. 250 gr zum Preise von 3,35 M. entnommen werden.

#### Groß-Berliner Parteinachrichten.

Der Rechnerkurs am Sonntag fällt aus und findet dafür schon heute Freitag, abends 6 Uhr, im Sitzungssaal Lindenstraße 8, I. Hof 4 Tr., statt.

Berlin. Heute Freitag, abends 7 Uhr, Mitglieder-Versammlung:

- 2. Abteilung bei Schirm, Charlottenstr. 7/8.
- 5. Abteilung in der Wallfahrt Ressource, Wilmersstr. 114.
- 14. Abteilung im Treppen Garten, Treppenstr. 45.
- 15. Abteilung bei Schierich, Holzmarktstr. 65.
- 23. Abteilung (Wohn-Bezirk) im Bernauerer Schloß, Bernauerer Straße, Ecke Eisinger Straße.
- 47. Abteilung in der Finkenstraße, Offenber Str. 39.

Landwirtsch.-Sektion. Morgen Sonntag, abends 7 Uhr, Jahrs- und Dageausgabe bei Wollschäfer, Landdörger Str. 59. Der 7. Nr. Ausgab. J. A. Karl Neundorj.

#### Berichtszeitung.

##### Außerordentliches Kriegsgericht.

Der noch nicht 18 Jahre alte Erik Schiold! war Hilfsarbeiter bei der Untergrundbahn in der Friedrichstraße. Da dort gestreift wurde, hatte der junge Bursche nichts Besseres zu tun, als nach dem Alexanderplatz zu gehen, da er „neugierig war, zu hören, wie dort geschossen wurde“. Er betrat sich dann plötzlich unter der Menschenmenge, welche bei Zieh den Zigarettenländer plünderle, nachdem sie die Schaufensterscheibe zertrümmert hatte und auf diese Weise in den Laden eingedrungen war. Da der Angeklagte sah, daß die Eindringlinge mit Paketen unter dem Arm herauskamen, mochte er sich keine Gewissensbisse darüber, daß er ein am Boden liegendes Redaktions von nicht großem Wert sich angeeignet. Das Gericht berücksichtigte die Jugend und bisherige Unbescholtenheit des Angeklagten und hielt 3 Monate Gefängnis für eine ausreichende Sühne.

Der Sport beim Grenzschutz-Ost hat eingeseht.

Fußbälle / Speere / Diskusse  
Wurflugeln / Schleuder  
Schlagbälle fehlen überall.

Wer schenkt? hilst leihweise?  
Wer verkauft?

Wir holen alles!  
Wohner des Sports - Vereine - Schulen  
Sportgeschäfte - Sollen bitte schnell! sofort.

Sportabteilung der 35. J. D.  
Cochlershausen, Westpreußen.

Ein neuer Beruf

Ist heute die Sorge von Tausenden, die durch diesen entsetzlichen Krieg ihrer bisherigen Tätigkeit, ihres Lebensberufes beraubt sind. Allen, die umlernen müssen, empfehlen wir daher, ungeachtet ihrer Vorbildung zu treffen, die Allgemeinbildung zu heben, Examen oder Prüfungen nachzuholen. Fehlende kaufmännische oder banktechnische Kenntnisse zu ergänzen, eine landwirtschaftl. Fortbildung zu erwerben oder technisches und fachwissenschaftl. Können zu vervollkommen. Verlangen Sie daher noch heute unsere 51 S. starke Broschüre K 24 über die Selbstunterrichtsmethode Rustin oder für technische und fachwissenschaftliche Bildung die 80 S. starke Broschüre K 93 über das System Karsack-Rachfeld kostenlos und portofrei. Stand und Beruf helfen wir anzugehen.

Bonneß & Hochfeld, Verlagsbuchh. Potsdam.

Ferro-Lupin

(Namen gel. gelb.)  
Ole

eiweißreichste Kraftnahrung

für Erwachsene und Kinder.

Gen.-Depot: Göttergasse-Pharmazie,  
Berlin W. 10, Königs-Platz-Str. 50.  
Eigene 133. 140 S.

Protest-Versammlung  
gegen den Landraub und die Gewalttätigkeiten der Polen  
sowie ihre maßlosen Ansprüche, die soeben zum Abbruch der Verhandlungen mit ihnen geführt haben:

Sonntag, den 23. März, vormittags 11 Uhr, im „Sportpalast“,  
Potsdamer Straße 73.

Redner ohne Unterschied der Partei werden sprechen, u. a.:

Reichsminister Ersberger, Universitätsprofessor Dr. Gustav Nothke, Reichsminister für Landwirtschaft, Universitätsprofessor Hoesch, Mitglied der Preussischen Landesversammlung, Akademischer Professor Hermann Polen, Mitglied der Nationalversammlung, Anführer Reinecke, Mitglied der Nationalversammlung.

Deutsche Männer und Frauen! Erhebt in den Provinzen!  
Protestiert gegen den Raub deutschen Gebiets in der Provinz Polen, durch den Hunderttausende deutscher Volksgenossen vergeblich und die Volksernährung in Groß-Berlin wie in ganz Reich aus schwerer Gefahr droht. — Protestiert gegen die geplante Landung polnischer Truppen in Danzig. Gegen die Anträge der Polen auf diese ferndeutsche Stadt und das benachbarte Küstengebiet. Gegen die Absicht der Polen ganz Westpreußen sowie Teile Ostpreußen und Bommern in ihren Besitz zu bringen! — Protestiert gegen den beschlossenen Raub Ober-schlesens, das seit 1000 Jahren deutsch ist und dessen Verlust die Rohstoffversorgung von Groß-Berlin unmöglich machen und dem Vaterlande sein zweigedestetes Industriegebiet kosten würde.

Reichsverband Ostsch. (Vund aller Vereine zugunsten der Ostprovinzen.)  
Potsdamer Straße 75. Fernruf: Amt Rollendorf 5840-42.

Hansa-Viertel

Habe ich ein kleines modernes Wohnhaus mit 2 und 3 Zimmerwohnungen (im ganzen nur 9 Mieter) mit Zentralheizung und Warmwasser für

160.000 Mk.  
zu verkaufen. 143K

Näheres durch  
Julius M. Bier,  
Leipziger Straße 16,  
Zentrum 1230/53.

Gartengrundstücke

Lichterfeld-Ort an der Bahn zu verkaufen. 1924b  
Kammer, SW. 29, Soilmstr. 12.

Logis und Ausspanngasbil

mit 1/2 Morgen großen Garten. Blüte einer Industrieort, ca. 6000 Einwohner, in anderen Unternehmungen bald zu verkaufen. 1948D  
Bernhard Jäemann,  
Osterwick Herz,  
Preußischer Hof.

Wetten, vorzügliche Lage!  
Zwei Pracht-Grundstücke,

schönlagig gebaut, sind wegen Rückkehr des Besitzers ins Ausland bei großer Anzahlung beim Auszahlung der Grundbühnen von ca.

M. 500 000. — und M. 200 000. — zu verkaufen. Die Häuser haben prachtvolle 5-8-Zimmerwohnungen mit allem Komfort und kann auf Wunsch die herrliche, stilvoll ausgestattete Wohnung des Besitzers von 9-10 Zimmern mit reichlichem Nebeneigentum, schönlagig ausgestattet, mit und ohne Mobilien übernommen werden. Nur ernst, zahlungsfähige Käufer erfahren Näheres durch

Julius M. Bier,  
Leipziger Str. 16, Zentrum 1230/53.

Kraftdrogchen 140/137  
mit Friedensnummern, sofort abzugeben. Reklamenten erhalten Näheres durch S. O. 434 Rudolf Mosse, Gemstr. 1.

Stuhlträgheit, Hämorrhoiden!  
Verlangen Sie sofortige ärztliche Besuche,  
Dr. Gebhard & Cie., Berlin 35, Potsdamer Straße 104/4

Antike Möbel

Schryker  
Wilmersd., Waghausestr.  
Straße 18. Tel. Uhl. 5902.

Moderne Beleuchtung.

Arten aus elektr. u. Gas. Große Preise. Auf Wunsch bezugsfähige Zahlung.

Fels & Co. Potsdamer Str. 56/1  
(hoch. Bilanzstr.)

50 massive Arbeitsstühle,  
prima prima, 2 1/2 Meter lang,  
4 3/8 x 2 1/2, 2 Meter lang,  
87 Zentimeter hoch, mit Unterboden,  
ein Wandregal, 3 Meter hoch,  
11 verschiedene, hängende  
Küchengeräte - Lampen  
(Deigo-Lampen) sind preiswert abzugeben. 1937b

Bacher u. Sohn

Leubenerstraße 23a.

Kleinauswahl

in eleganten Spielzimmern, aparten Herrenzimmern, geblagten Schlafzimmern, Küchen, fernlag und laiert. Billig Preise.

Möbelhaus Osten

aus 30 Wandersstraße 30

Möbel

vermietet gewesen und neue

Spiegel, Herren-, Schlafzimmern, Küchengeräte, Kleider- und Waschenchränke, Rauchtische, Kleintisch usw. usw. preiswert zu verkaufen.

Möbel-Vermietungs-Centrale

Lützowstraße 93,  
Geschäftszeit von 8-5 Uhr.

Pläne, Zelte, Segel,  
gehandelt und neu 2°  
Premlinger, Betschauerstr. 22.

Soeben erschienen neu in 250. Auflage

Hygiene der Ehe

Arztlicher Führer für Braut- und Eheleute von Frauenarzt Dr. med. Zikel, Berlin.

Aus d. Inhalt: Ueber die Frauenorgane, Körperliche Ehenutzlichkeit und Untauglichkeit, Ordnen u. Sittlichkeit Frauen, die nicht heiraten sollten! etc. — Enthaltend u. A. u. Schwelgerei vor der Ehe, Eheliche Pflichten, Keuschheit od. olygamie? Hindernisse der Liebe etc. — Krankheiten in der Ehe, Rückstände früherer Geschlechtskrankheiten, Vorbeugung und Ansteckungsschutz. — Körperliche Leiden der Ehefrau, Entstehung und Hebung der weiblichen Gefühlskrisen, Folgen der Kinderlosigkeit, Gefährtes späten Heiratens für die Frau, Hysterische Anfälle etc. — Bezug gegen Einsendung von 2 M. franko od. Nachh. durch Medizin. Verlag Dr. Schweizer, Abt. 305, Berlin NW 8.

Karneval- u. Vereinsartikel

in großer Auswahl liefern prompt

Pohl & Weber Nachf.,  
Spittelmarkt 4/7. I.  
Verlangen Sie Preisliste Nr. 10.

Hinterbliebene

von gefallenen Kaiseroffizieren des Inf.-Reg. 167 und des Inf.-Batt. 167, sowie der aus letzterem hervorgegangenen Regimentern 234 und 406 können aus den vorhandenen Mitteln Unterstützungen erhalten. Ausführende Stelle ist bis zum 15. 4. 14 an die Untersuchungskasse des Kaiseroffizierskorps J.-R. 167 in Rastatt zu richten.

Freiwillige für M.-G.-S.-Abteilung.

Dringendster Bedarf an Schützen, Unteroffizieren und Waffenschleifer-Personal für neuaufrückende M.-G.-S.-Abteilung im Ostsch.

Zur jährlichen Erscheinung ehemaliger Angehöriger meiner M.-G.-S.-Abteilung beim Referat-Regt. 56 und weiterer späterer M.-G.-S.-Abteilung 31 rechte ich, die auch gebeten werden, ihrerseits für die gute Sache zu werben.

Aufstellungsort: Slogau, Abteilung im Zentral-Verbandsbureau der Kommandantur unter Stadtwort: Hauptmann Fritz a. Hiltnerstr. 107/108, Berlin, möglichst vorher Hinterfragen schriftlich anfragen.

Wegesen der Abteilung: Silbernes Ehrenband am Kragen, M.-G.-S.-Abteilung am linken Arm.

Belegungs- u. Blau bei den Übergang- u. Dienstverhältnissen. Slogauer Disziplin und Unterordnung in Entscheidung. Slogauer Regeln werden nicht verletzten.

Geht. u. Ellenbogen, Hauptmann, im Jede Kommandeur der M.-G.-S.-Abteilung 31. 13297\*

760 x 90

Schlafstelle mit Kadelka, Tempelhof, Berliner Str. 130, Telefon Südbing 465. 1927b

Entlaufen schwarzer Fiedel

mit weißer Brust, auf Puppe hundert gegen jede Verhütung abgegeben bei Hennemann, Berlin NW, Buchholzer Str. 10, oben 3 Treppen. 141





## Der Streit um die Polenlandung in Danzig.

Berlin, 20. März. An der Vollziehung der Waffenstillstands-Kommission in Spa vom 19. März teilte Rudant mit, daß die Entente den deutschen Vorschlag ablehne, die polnischen Truppen halt in Danzig in Königsberg, Memel oder Libau zu landen. Die interalliierte Kommission in Warschau sei vielmehr beauftragt worden, alle Vorbereitungen für die Landung der Truppen in Danzig zu treffen. Die deutsche Regierung werde zu diesem Zweck ersucht, den Mitgliedern der Kommission die dazu nötige Verkehrsfreiheit einzuräumen.

General v. Hammerstein wies darauf hin, daß die deutsche Regierung ihren Standpunkt in vorliegender Frage wiederholt kundgegeben hat. Artikel 16 des Waffenstillstandsvertrages vom 11. November 1918 gebe der Entente nicht das Recht, die Landung der polnischen Truppen in Danzig zu fordern. Aber abgesehen von der Auslegung dieses Artikels würde die Landung der polnischen Truppen unter der Besetzung Ostpreußens der Weichsel hervorrufen, was dem Geist dieser Bestimmung des Waffenstillstandsvertrages widerspreche. Aus zahlreichen Mitteilungen geht hervor, daß die dortige polnische Minorität die Landung als Signal betrachten werde, um mit Unruhen und Agitationen zu beginnen. Von Hammerstein fuhr fort: „Die deutsche Regierung hat mich offiziell ermächtigt, zu erklären, daß sie eine Landung polnischer Truppen in Danzig nicht wünscht. Demgemäß ist es auch nicht erforderlich, daß alliierte Offiziere die Frage dieser Landung in Danzig prüfen. Das Anerbieten wegen der Häfen Memel, Libau, Königsberg bleibt bestehen.“

Rudant erwiderte, die vorgebrachten Gründe für die Ausschaltung Danzigs könnten von den Alliierten nicht angenommen werden. Im übrigen könne diese Frage nicht gleichzeitig in Spa und Posen behandelt werden. Die interalliierte Kommission in Posen bestimme die notwendigen Vollmachten zu ihrer Erledigung, und seine soden gemachte Mitteilung sei nur die Wiederholung des Befehls, den die Posen-Kommission erhalten habe.

General von Hammerstein betonte, daß gegenwärtig in Danzig und Westpreußen Ruhe herrsche. Eine Notwendigkeit, in Danzig Truppen zur Aufrechterhaltung der Ordnung zu landen, könne also nicht anerkannt werden. Die deutsche Regierung habe angeordnet, daß sämtliche Fragen betreffend die Landung polnischer Truppen in Danzig durch die Waffenstillstandskommission in Spa erledigt werden, wie dies Artikel 34 des Waffenstillstandsvertrages vom 11. November 1918 vorsehe.

## Die Sozialisierung in Groß-Berlin.

Aus der Stadtverordnetenversammlung.

Nach der Einleitung der ersten Sitzung und der Konstituierung der Versammlung berichten wir in der Beilage.

Ein Antrag Weigl-Heimann will Beratung in gemischter Deputation mit dem Magistrat über Maßnahmen zur Sozialisierung der dazu reifen Wirtschaftszweige. Ein weiterer Antrag bewirkt die Schadloshaltung aller durch den Krieg und seine Wirkungen unverschuldet verarmten Mißbürger. Sodann wurden folgende Maßnahmen zum Erlaß des Schadens gefordert, der durch die Unruhen und Revolutionen hervorgerufen worden ist. Endlich liegt ein Antrag Weigl auf sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes vor.

Nach längerer Erörterung wird beschlossen, zunächst den Sozialisierungsantrag zu beraten.

Stadtver. Heimann begründet ihn in ausführlicher und umfassender, von der Mehrheit mit Beifall, von der Minderheit mit wiederholtem Widerspruch ausgenommener Darlegung. Der gemischten Deputation werde sich sofort eine Fülle von dringlichen Aufgaben aufdrängen. Die Kommunalisierung der großen Verkehrsmittele habe allerdings gesetzliche Maßnahmen zur Voraussetzung, für die die von der Regierung eingesetzte Sozialisierungskommission einen brauchbaren Rahmen bereits dargeboten habe. Ein großes Gebiet stelle das Ernährungswesen, ein kaum minder großes das Sanitätswesen dar; daneben stehe die Verstaatlichung des Apotheken- und Versorgungswesens im Vordergrund.

Überbürgermeister Wermuth erklärte die Vereinstätigkeit des Magistrats, in gemischter Deputation über die Frage zu beraten. Der Gegenstand, der den Gemeinden auf diesem Gebiete beträchtliche neue Aufgaben verleihe, sei heute publiziert worden, und damit werde dem Gedanken des Antrags ein kräftiger weiterer Impuls gegeben. Für die höchst verwickelten Groß-Berliner Verhältnisse reiche der Entwurf freilich nicht durchweg aus. Hoffentlich werde die Ratgeberversammlung das Gelegende bald verabschieden.

Stadtver. Wurm (l. Soz.): Die Sozialisierung, wie wir sie verstehen, hat nicht in erster Linie der Gemeinde Einnahmen zu erwirtschaften, sondern sie hat die Produkte zu verbilligen, den beschäftigten Arbeitern ein menschenwürdiges Dasein zu verschaffen und sie durch Beteiligung an der Verwaltung mittels der Arbeiterräte in ihrer Arbeitskraft zu stärken. Es wird Sorge zu tragen sein, daß auch vor Unternehmern nicht halt gemacht wird, die ihre Vertriebe nie reif werden lassen wollen, um sie überhaupt davor zu bewahren. Auch die Erzeugung der Lebensmittel müssen wir von Stadtwegen übernehmen. — Der Redner geht dann das ganze Gebiet der hauptsächlich in Frage kommenden Wirtschaftszweige durch. Auf Jura der Rechte entgegnete Redner, daß der Mittelstand nicht mehr die Hälfte, sondern nur noch einen kleinen Teil der Bevölkerung bilde, sonst müßte er ja in diesem Saale die Mehrheit haben. (Gelächter.)

Stadtver. Rommelen (Dem.) vertritt die Sozialisierung der Nahrungsmittelversorgung, weil sie die Ernährung verteuern müsse. Die Verstaatlichung des Bäder- und Schlächtergewerbes lehnt er mit Entschiedenheit ab; ebenso die Verstaatlichung des gesamten Wohnungswesens, wie sie Wurm gefordert habe. Der freie Handel sei zur Versorgung der großen Masse unentbehrlich, er müsse und werde wiederhergestellt werden.

Stadtver. Benese (Wärg. Vag.) erklärt sich persönlich für die Sozialisierung der Bergwerke und der Erzfürten, hält aber die Zweifel an der Möglichkeit des jetzigen Zeitpunktes für beachtenswert. Seine Partei sei bereit, im Interesse des Berliner Gemeinwohls positiv auf diesem Wege mitzuarbeiten.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Die anderen Anträge sollen am Dienstag in einer Erörterung beraten werden. — Schluß nach 9 Uhr.

## Wer hindert die Ausbreitung des Flugverkehrs?

Die Unfähigkeit des privaten Kapitals.

Fliegerhauptmann Verthold der Verfasser des Artikels in Nr. 137 vom 15. März schreibt uns:

Sollte man es für möglich halten, daß in dieser ersten und schwersten Zeit, wo das deutsche Volk unter dem Druck der Transportschwierigkeiten steht, wo es gilt, Menschen von der Straße wegzulassen und ihnen eine werkschaffende Arbeit zu geben, wo es gilt, jede sich bietende Transportmöglichkeit bis zum Neuesten für unser gekämpftes Volk auszunutzen, — daß in dieser Zeit Herr Euler als Leiter des Luftamtes und als die dem gesamten Volk für die vollste Verwertung der Fliegererei verantwortliche Stelle, alle Hebel in Bewegung setzt, um

den staatlichen Luftverkehrsdienst unmöglich zu machen? Die Süddeutschen Staaten, die den Luftverkehr innerhalb ihrer Grenzen aufgenommen haben, schreiben nach Fortpflanzung des Luftpostnetzes nach Norden. Die staatliche Militärfliegererei, im Besonderen die Personal-, Material- und Flughäfen, kann sogar über Nacht den Luftverkehr über das ganze Reich ins Leben rufen unter Beiseiteziehung jedes militärischen Anspruchs, so daß dann, wenn in wenigen Tagen der Betrieb im Laufen, reibungslos übergeben an den Staat erfolgen kann. Dies ist der Wunsch aller derer, die im fliegerischen Leben groß geworden sind und die nur noch für ihr Volk arbeiten wollen. In diesem Geiste arbeitet vor allem auch die Station Döberitz. Vielleicht schon in wenig Tagen wird diese Arbeit zu Ende und für alle Zeiten unterbrochen sein, da Herr Euler auf dem Standpunkt steht, der „Luftstreckerei“, dem Privatunternehmen, dürfe keine Konkurrenz gemacht, die private Unternehmungslust nicht unterbrochen werden und aus diesem Grunde mit allen Mitteln die weitere Ausnützung der Militärfliegererei im allgemeinen Interesse bekämpfe. Nur noch wenige Tage und all die guten Kräfte, die auf der Station Döberitz Brot und vor allem eine Arbeit fanden, die ihnen Freude machte, werden auf die Straße geschickt — brot- und arbeitslos. Schon ist der Befehl gegeben, Sechshundert Menschen sollen rücksichtslos entlassen werden, das ausgereifene fliegende Personal spätestens am 1. April. Seit ungefähr 14 Tagen kämpfe ich schon wie ein Bergweiser um meine Leute — ich finde nirgends Hilfe. Da es mir trotz der größten Anstrengungen bis jetzt noch nicht gelungen, durch den Druckkreis von Geheimräten und Adjutanten bis zu den einzelnen Regierungsstellen durchzudringen, um ihnen ein Bild von dem stillen Leiden der Unterstellten zu geben, bin ich auf diesen Weg der Presse getrieben. — da jede Sekunde lothbar ist. Der Stab des Reichswehrministers suchte helfend eingzugreifen — Herr Euler machte diese Hilfe unzulässig, dadurch, daß er mit Unterstützung anderer Reichsstellen die Zuständigkeit des Reichswehrministers abstritt und sich als die einzige zuständige Stelle für diese so wichtige Lebensfrage des Volkes bestimmte. — Herr Euler, selbst Kapitalist und Fabrikbesitzer, der vornehmlich in kurzer Zeit seine eigene Fabrik zu einem Kanjzen für den süd-deutschen Luftverkehr umwandelt. Zuständig für unser Volk darf in dieser schweren Stunde nur folgender Gesichtspunkt sein — der Staat, der über Nacht den gesamten Luftverkehr über ganz Deutschland ins Leben rufen kann, der über Nacht Hunderttausende von der Straße wegholen und ihnen Arbeit geben kann, der über Nacht unserm schwergeschüttelten Volkswesen mit einem großzügigen Transportmittel unter die Arme zu springen in der Lage ist, — der Staat muß die Fliegererei festhalten und darf sie nicht an einzelne Privatgesellschaften abgeben, die ohne jeden höheren Gesichtspunkt nur für ihre Gewinne und nur in ihre Tasche arbeiten. Für die Millionengewinne der Fabriken haben wir in den vier Kriegsjahren als Flieger gebüht, der obelste Teil ist verblutet — es soll jetzt nicht das ganze Volk bluten. Döberitz ist nicht ein Einzelst, — der Fliegerdienst von anderen Stationen bewies mir, daß man überall auf den Fliegerstationen in gleicher Weise am Werke.

Für die Hunderte von Arbeitern, für die ich verantwortlich, für die Tausende und aber Tausende von Arbeitern und Fliegern, die hinter mir stehen, die zum Teil schon ohne Arbeit hängen, in den nächsten Tagen brot- und arbeitslos gemacht werden sollen, rufe ich auf diesem Wege die Hilfe der Männer an, die das Vertrauen des Volkes zu Führern bestimmt.

## Die Zusammensetzung der Regierungstruppen.

Die linksradikale Presse wird nicht müde, zu behaupten, daß sich die Regierungstruppen nur aus Angehörigen der besitzenden und bürgerlichen Klassen zusammensetzen. Das ist unrichtig. Nichts beweist das schlaender, als eine willkürlich herausgegriffene Berufsstatistik der 4. Kompanie des Regiments Reinhardt. Unter diesen Mannschaften waren 14 aktive Soldaten, 34 Arbeiter, 26 Kaufleute, 4 Landwirte, 47 Handwerker, 7 Beamte, 4 Techniker, 2 Heilgehilfen, 2 Schüler und 1 Artist.

## Das war der Graf Schwerin-Puhar.

Neue Zunderkerheiten.

Herr Dr. Graf Schwerin-Puhar hat längst von sich reden gemacht, als er auf seinen Gütern den Streik gegen die Ernährung des deutschen Volkes ankündigte. Herr Dr. Graf Schwerin-Puhar hat einen langen Arm: er reicht auch noch hinüber auf Verfügungen, die nicht sein Eigentum. Der Herr Graf ist Pfleger des Fideikommisses Lübbertorf, das in der Nähe von Friedland i. M. gelegen ist. Hier hat er, was man auf Plattdeutsch die „Rodenhand“ nennt. Wie er dies sein Amt gelegentlich handhabt, das ergibt sich aus einem Sendschreiben, welches er seinen Leuten jüngst verabschieden ließ. Hier ist es:

„An die Arbeiter von Lübbertorf.“

Trotz der Mahnung meines Verwalters, des Herrn Leuten v. Dethen, habt Ihr die Euch im Februar vorgelegte Lohnforderung für 1919 noch immer nicht unterschrieben. Dar- aus folgt, daß Ihr 1. nicht jede vorkommende Arbeit verrichten wollt, 2. den Befehlen Eurer Vorgesetzten nicht mehr gehorchen mögt. Im Namen der gesamten Familie v. Dethen als der Eigentümerin des meiner Verwaltung anvertrauten Fideikommisses Lübbertorf bestimme ich deshalb folgendes: 1. Es gibt von jetzt ab bei der Lohnung weder Korn noch Geld. 2. Am 1. April erhält jeder, der die Lohnforderung nicht unterschrieben hat, den Schein und muß zum 1. Juli ziehen. Diese Verfügung wird nur zurückgenommen, wenn Ihr alle bis zum letzten Hofgänger die Lohnforderung unterschrieben und mir außerdem eine Bescheinigung des Arbeiter- und Soldatenrats Friedland vorgelegt habt, des Inhalts, daß Ihr im Kalenderjahr 1919 nicht streiken dürft.

Puhar, den 9. März 1919.  
v. Dr. Graf Schwerin v. Puhar,  
Pfleger des Fideikommisses Lübbertorf.“

Welch ein Kulturdokument! Und in welchem Deutsch! Und welche Gefinnung! Die Anrufung des Arbeiter- und Soldatenrates in Friedland dürfte nicht vergeblich sein. Er wird hoffentlich zu gegebener Stunde auf Lübbertorf drücken und den Leuten vor allen Dingen das ihnen zustehende Korn aus dem Speicher verabschieden lassen, damit Männer, Frauen, Weiber und Kinder Brot zu essen haben. Das weitere dürfte der Deutsche Landarbeiterverband erledigen. Es ist ein Glück, daß er da ist, daß er gerade in Mecklenburg-Strelitz täglich an Ausdehnung und Kraft gewinnt. Dieser Verband — kein Zweifel — wird die richtige Antwort finden gegenüber dem Puhar-Gräflein und der gesamten Familie derer von Dethen.

Die Eingemeindung Altonas nach Hamburg fordert eine Delegation der hiesigen Kollegen von Altona, die der Deutschen Nationalversammlung in Weimar und der Preussischen Landesversammlung soden überreicht worden ist.

## Ein sozialistisches Hundertmillionenprojekt.

Das bayerische 3. Armeekorps in Nürnberg ist mit einem Siedlungsprojekt auf sozialistischer Grundlage erfüllt an die Öffentlichkeit getreten. Tausenden von Arbeitlosen soll durch Arbeit, Tausenden eine gesunde Wohngelegenheit und landwirtschaftliche Tätigkeit vermittelt werden.

Ueber Art und Umfang dieses von unseren Genossen getragenen Planes, der von Soldaten und Hochrenten durchgeführt wird, entnehmen wir der „Frankl. Tagespost“ das Folgende:

Ueber Einzelheiten des großen Siedlungsprojekts äußerte sich in der Versammlung der Vorsitzende des Soldatenrats, Genosse Sachs. So konnte mitgeteilt werden, daß bisher schon 300 Arbeiter Beschäftigung gefunden haben und daß bis Ende dieser Woche die Zahl der Beschäftigten auf 1000 wachsen werde. Die neue Regierung in München habe 100 Millionen Mark zur Verfügung gestellt. Die Rohstoffe im Bereich des dritten Armeekorps werden beschlagnahmt. Oertliche Kommissionen arbeiten Hand in Hand, um rationell vorgehen zu können. Neben dem vorgesehenen Platz am Weichsel-Rücken und neben den Exerzierplätzen, die bebaut werden sollen, sind 30 Bauerngüter jetzt schon freigegeben, ebenso werden dieser Tage drei große Jagdschlösser und ein in der Nähe von Nürnberg gelegenes Schloss in Beschlag genommen. Eine Ziegelei ist auch bereits übernommen worden, um die Bausteine herzustellen. An diesem Vorgehen sieht man allein schon, wie ernst die ganze Frage den damit Beschäftigten ist und daß sozialistische Arbeit geleistet werden soll, die allein ein Gelingen verbürgt. Das Siedlungsprojekt in der Nähe Nürnbergs soll auf gutem und ertragsfähigem Boden entstehen und so angelegt werden, daß 2400 Siedlungen räumlich so angelegt werden, um für jeden Einwohner die beste Verkehrsmöglichkeit betreffs Schule, Einkauf usw. zu bieten.

## Industrie und Handel.

Das Steigen der deutschen Valuta.

Der Kurs der Mark im Auslande ist in den letzten Tagen wieder im Anziehen. Diese Erscheinung hängt, einer Meinung der „Frankfurter Zeitung“ zufolge, damit zusammen, daß die Alliierten die Absicht haben, demnächst in Paris eine Finanzkonferenz mit neutralen Delegierten abzuhalten, in welcher sie noch den in Brüssel kundgegebenen Mitteilungen die Neutralen veranlassen wollen, die deutschen Valutakredite zu verbessern und außerdem neue Kredite zu geben für Deutschlands Einkauf neutraler Lebensmittellieferungen. Deutschland wird eine Zusammenstellung der im Ausland laufenden Kreditsummen mit ihrer Fälligkeit liefern, die aber nicht ins einzelne zu gehen braucht. Auf Grund der etwaigen Pariser Vereinbarungen wollen sie dann mit unseren neutralen Kontrahenten zunächst gegen Prolongation der augenblicklich abgelassenen Kredite verhandeln. Wir selbst hatten bereits alle Aussicht, langfristige Verbesserungen zu erreichen mit Hilfe des Verkaufs von 75 Millionen Gold. Doch ist und dieses Gold trotz mehrfacher Vorstellungen nicht von der Entente freigegeben worden. Die Umrisse eines internationalen Finanzkartells über Deutschland zeigen sich immer deutlicher.

Erhöhung der Kohlenpreise.

Essen (Ruhr), 20. März. In der heutigen Versammlung der Zechenbesitzer wurde beschlossen: Bei dem sehr schlechten Geldergebnis, welches selbst gutgestellte Zechen seit einigen Monaten aufweisen, und angesichts der fortgeschrittenen Steigerung der Selbstkosten mußte eine weitere und wiederum beträchtliche Erhöhung der Brennstoffpreise vorgenommen werden. Die Steigerung der Selbstkosten ist in der Hauptsache auf die gewaltige Lohnerhöhung, ferner auf die gestiegene Arbeitszeit und auf die verringerte Arbeitsleistung zurückzuführen. Die Preiserhöhungen betragen im allgemeinen: für Kohle 20 M., für Koks 30 M. und für Breißeit 20.50 M. für die Tonne; sie betreffen sich einschließlich Kohlen- und Umsatztsteuer und gelten für den Monat April. Abweichend von dieser Preiserhöhung wurden die Preise für Rüsse um 22 Mark und für Drehkohlen 1—2 um 30 Mark wegen der besonderen Steigerung der Herstellungskosten erhöht, während die Preise für die geringen Brennstoffarten (Schlemmstoffe, Mittelprodukte, mindere Kohle und Koksgrus) nur um 5 M. für die Tonne erhöht wurden. Die Preiserhöhung für Breißeit ist um 50 Pf. höher als für Kohle zum Ausgleich des Preises.

Jahresabschluss der Großen Berliner Straßenbahn.

In der gestrigen Aufsichtsratsitzung der Großen Berliner Straßenbahn wurde beschlossen, der auf den 20. April einberufenen Generalversammlung die Ausschüttung einer Dividende von 7 1/2 Proz. für 1918 (gegen 4 Proz. des Jahres 1917) vorzuschlagen. In dem Geschäftsbericht wird für das Jahr 1918 eine weitere dauernde Zunahme des Verkehrs festgestellt und ausführlich der Vertrag der Straßenbahngesellschaft mit dem Verband Groß-Berlin dargelegt, der am 28. Mai 1918 abgeschlossen wurde. In der Bilanz kommen die Ergebnisse dieses Vertrages dadurch zum Ausdruck, daß die Abrechnungen der früheren einzelnen Gesellschaften zu einer einzigen zusammengefaßt sind. Die völlige Verschmelzung der einzelnen Unternehmungen soll auf der Generalversammlung beschlossen werden. In der Zusammenstellung der Einnahmen und Ausgaben weisen die Betriebseinnahmen die Höhe von insgesamt 100 106 642 M. auf. An Zinsen und Gehältern sind 24 819 612 M. verausgabt worden, für Wohlfahrtsanstellungen 2 705 555 M. Die Betriebsausgaben begreifen sich auf 61 023 328 M. Hieron sind noch 9 197 329 M. den Zinsen hinzuzurechnen, so daß der gesamte Lohnaufwand für 11 025 Personen sich auf 84 016 041 M. bezieht. Die Mehrausgaben infolge Lohnsteigerungen beliefen sich im Jahre 1918 auf 11 Millionen Mark. Jedoch wird für die Folgezeit diese Mehrausgabe durch die Einführung des Achtstundentages und die Lohnsteigerungen im Januar 1919 noch bedeutend erhöht — auf rund 40 Millionen Mark jährlich. Die Mehrausgaben für die Zukunft durch große Zuweisungen an die Erneuerungsrücklagen, denen 13,9 Millionen Mark überwiesen werden sollen, im Abschluß 1918 bereits Rechnung getragen.

## Letzte Nachrichten.

Kriegsschiffe für die deutschen Lebensmitteltrahorten.

Berlin, 20. März. Infolge der Weigerung einiger radikaler Seemannsverbände, sich an Bord der auslaufenden deutschen Lebensmitteltschiffe zu begeben, war die Ausführung des Brüsseler Abkommens und die Verpflegung Deutschlands in Frage gestellt.

Deshalb hat die Deutsche Waffenstillstandskommission am 20. März bei den alliierten Regierungen den Antrag gestellt, die Genehmigung zur sofortigen Indienststellung von vier kleinen Kreuzern auf dem schnellsten Wege zu erteilen. Durch diese Maßnahme würde der Schutz der sofortigen Ausfahrt der Handelschiffe sowie der zu erwartenden Lebensmitteltransporte garantiert.

